

100% SOZIAL

– auch nach der Wahl
Politikwechsel für Hessen

DIE LINKE.

- 4 **Präambel**
- 6 **Unser Projekt: Ein Politikwechsel für Hessen**
- 9 **Gute Arbeit**
- 12 **Sozialpolitik für mehr Lebensqualität**
- 12 Armut bekämpfen
- 12 Gesundheit darf keine Ware sein
- 13 „Operation Düstere Zukunft“ zurücknehmen – soziale Infrastruktur wieder ausbauen
- 13 Jugendpolitik
- 14 Würdiges Leben im Alter
- 14 Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen
- 15 Drogenpolitik
- 15 Gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land
- 15 Rückführung Universitätsklinikum Gießen-Marburg
- 17 **Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle**
- 18 Ein Anrecht auf kostenlose Kindertageseinrichtungen
- 18 Die Schule für ALLE – die beste Schule für jedes Kind
- 22 Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen
- 23 Wissenschaft und Hochschulen
- 26 Lebenslanges Lernen ermöglichen
- 26 **Bezahlbare Wohnungen für alle**
- 26 Umkehr beim sozialen Wohnungsbau
- 27 Wohnen muss bezahlbar sein
- 28 Eigentum verpflichtet
- 28 Förderung studentischen Wohnraums

Mehr Demokratie	29
Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung in Hessen	29
Kommunen demokratisch gestalten	30
Migration und Integration	31
Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen – Linke Politik von und für Frauen	32
Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen	34
Nicht länger wegschauen: Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen!	35
Landesgeheimdienst abschaffen	36
Bürgerrechte schützen und ausbauen	36
Datenschutz und Netzpolitik	37
Wirtschaft, die den Menschen dient – Öffentlichen Sektor stärken	38
Wirtschaft, die den Menschen dient	40
Verbraucher_innenschutz	41
Energiewende, Verkehr, Umwelt: ökologisch UND sozial!	43
Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten	43
Fracking	44
Verkehr sozial und ökologisch gestalten	45
Flughafen: Luftverkehr sinnvoll planen – Flüge auf die Züge – Gesundheit vor Profite	47
Umwelt schützen – Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen	49
Landwirtschaft und ländliche Räume	51
Friedliches Hessen	52
Hessen gegen Krieg	52
Entwicklungszusammenarbeit	53
Kultur und Medien für alle	54
Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang	54
Kultur für alle	55
Sportförderung	56
Mehr Einnahmen für soziale Gerechtigkeit	56
DIE LINKE wird gebraucht – auch im Hessischen Landtag	57

Präambel

Hessen ist ein reiches Land. Sein Reichtum beruht auf der Arbeitsleistung von Millionen Menschen. Die Früchte dieser gemeinsamen Arbeit sind aber nicht gerecht verteilt.

Ein Drittel der Bevölkerung besitzt nichts – außer Schulden. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens. Das kann nicht durch eigene Arbeitsleistung begründet sein. Diese „Superreichen“ besitzen ein Vielfaches dessen, was sie zum Leben brauchen. Der Rest wird „angelegt“, dient also meist zur Bewaffnung der Finanzmärkte und endet auf der blinden Suche nach Rendite dann oft in der Spekulation mit Nahrungsmitteln, Wohnraum oder Wasser oder in Angriffen auf ganze Volkswirtschaften. Die herrschende Politik lässt sie gewähren. Statt dem endlich einen Riegel vorzuschieben, haben die hessische Landesregierung ebenso wie SPD und Grüne den Banken- und Börsenstandort Frankfurt geschützt und gefördert und bekämpfen auch nach Ausbruch der Finanzkrise die notwendigen Regulierungen. DIE LINKE streitet für den Auftrag des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“, dies darf nicht zur hohlen Floskel verkommen.

Auf der anderen Seite erhalten Hunderttausende abhängig Beschäftigte in Hessen so niedrige Löhne, dass sie selbst im Vollzeitjob davon nicht leben können. Vielen Selbstständigen geht es nicht besser. Andere suchen vergeblich nach Arbeits- oder Ausbildungsplätzen, obwohl bei einer vernünftigen Ausschöpfung der volkswirtschaftlichen Ressourcen genug Arbeit für alle da wäre. So aber leben fast eine Million Menschen in Hessen unter der Armutsgrenze.

Gleichzeitig werden öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen abgebaut oder privatisiert und damit dem Profitstreben der Aufkäufer überlassen. Gesundheitsdienste und soziale Einrichtungen, die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Energie, Wasser, Wohnungen werden teurer und schlechter und immer mehr nach der kapitalistischen Profitlogik organisiert. Für die Superreichen ist es kein Problem, sich eine Luxusvilla zu leisten, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken und im Krankheitsfall private Spezialkliniken aufzusuchen. Nur Reiche können sich schwache öffentliche Einrichtungen leisten.

Kritik ist nur die eine Seite: Wer Veränderung will, muss wissen wohin!

Wir wollen, dass wir einmal sagen können: Im zweiten Jahrzehnt begann in Hessen ein grundlegender Politikwechsel. Immer mehr Menschen akzeptierten diese angebliche Alternativlosigkeit nicht mehr. Sie nahmen ihre Interessen in die eigenen Hände. Darum geht es bei dieser Landtagswahl! Darum ist eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Wir wollen bereits in naher Zukunft nur noch den Kopf darüber schütteln, dass es einmal Zustände gab, in denen

- Menschen nicht von ihrem Gehalt leben konnten, während ihr Chef Millionen verdiente;
- Hunderttausende Menschen arbeitslos waren und viele andere zugleich jede Woche über 60 Stunden schufteten mussten;
- Erwerbslose schutzlos erpresserischen Sanktionen und häufig überforderten Sachbearbeiter_innen ausgeliefert waren;
- Menschen nur dann schnell Arzttermine und die bestmögliche ärztliche Behandlung bekommen, wenn sie privat versichert waren oder selbst dafür zahlten;

- Lärm, Staub und Schadstoffe besonders in den Ballungsräumen immer mehr zunahmen und dennoch Flugzeuge nachts starten und landen durften, während das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr immer teurer und schlechter wurde;
- Dörfer verödeten, weil es dort keine Arbeitsplätze, Läden, Busverbindungen und kein funktionierendes Internet gab;
- die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen vom Geldbeutel ihrer Eltern abhingen, weil öffentliche Schulen zu wenig Geld bekamen;
- CDU, SPD, FDP und Grüne behaupteten, diese Ungerechtigkeit sei „alternativlos“.

DIE LINKE steht für einen grundlegenden Politikwechsel, wie er von den anderen Parteien immer als unmöglich bezeichnet wird. Wir wollen gute öffentliche Schulen für alle Kinder. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle. Wir wollen eine Gesundheitsversorgung, die sich nach den medizinischen Notwendigkeiten und nicht nach der Brieftasche des Patienten richtet.

Wir wollen eine solidarische und inklusive Gesellschaft mit sozialer Teilhabe für alle. Wir wollen, dass jeder Mensch weiß: Auch bei Krankheit, Erwerbsunfähigkeit oder im Alter stehen die anderen, steht die Gesellschaft solidarisch an meiner Seite. Unser Maßstab ist das Wohl der Menschen und nicht das „Vertrauen der Finanzmärkte“. Wir wollen nicht das Vertrauen der Spekulanten und der Investmentbanker, sondern das Vertrauen des Volkes. Das und nichts anderes ist Demokratie!

Wir wollen eine Vermögensumverteilung, die die Gesellschaft sozial gerechter macht. Damit wollen wir die Fehlentwicklung der letzten Jahrzehnte korrigieren. Die SPD/Grüne-Bundesregierung hat den Superreichen und den Großkonzernen vor gut zehn Jahren riesige Steuergeschenke gemacht, die die öffentlichen Haushalte bis heute ausbluten und die sozialen Sicherungssysteme zerstören. Die große Koalition und Schwarz-Gelb haben diesen Weg fortgesetzt; Schwarz-Gelb in Hessen in besonders schlimmer Weise. Die aktuelle Landesregierung aus CDU und FDP regiert Land und Leute nach Gutsherrenart. Steuerfahnder-Affäre, Rechtsbeugung, Vetternwirtschaft und Schwarzgeldkoffer ebenso wie rassistische Wahlkämpfe und eine fehlende Abgrenzung zur Neonazi-Szene kennzeichnen bis heute das „System Koch-Bouffier“. Völlig unabhängig von den Wahlergebnissen der konkurrierenden Parteien wird ohne einen starken Wiedereinzug der LINKEN in den Landtag kein Politikwechsel in Hessen möglich sein. Selbst wenn es – was SPD und GRÜNE zuweilen schon für ausgemacht halten – bei diesen Wahlen eine Mehrheit für diese beiden Parteien gäbe, zeigt die Erfahrung mit der rotgrünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer (Hartz IV, Krieg in Afghanistan), dass diese Parteien ohne eine starke LINKE nicht vor einer unsozialen und kriegstreiberischen Politik schützen, denn Steinbrück und Trittin marschieren in dieselbe Richtung.

DIE LINKE beteiligt sich nicht an Regierungen, die Sozialabbau, Privatisierungen und Stellenabbau betreiben. Wir arbeiten gemeinsam an einem anderen Hessen: Ob Blockupy-Aktionstage in Frankfurt am Main, UmFAIRteilen-Bündnisse, Anti-Nazi-Bündnisse, Aktivitäten von Flughafengegner_innen, Widerstand gegen höhere Kita-Gebühren oder Proteste gegen Privatisierung z. B. von Krankenhäusern oder der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt – überall sind Mitglieder der LINKEN engagiert beteiligt.

Viele Menschen wehren sich gegen die Verschlechterung ihrer Lebenssituation und dagegen, dass über ihre Köpfe hinweg regiert wird. Ein Beispiel ist das Bündnis gegen die Schulden-

bremse unter Beteiligung vieler Gewerkschaften, Verbänden sowie unserer Partei, aber vor allem die große Zahl der Neinstimmen. Ohne die Anti-AKW-Bewegung wäre Biblis nicht vom Netz gegangen, ohne protestierende Studierende die Studiengebühren nicht abgeschafft worden, ohne die Montagsdemos wäre der Teilerfolg beim Nachtflugverbot nicht möglich gewesen. Gewerkschaften wehren sich gegen Lohndumping und streiten für soziale Gerechtigkeit. Bei den Treffen des Hessischen Sozialforums erarbeiten Vertreter_innen sozialer Initiativen notwendige Alternativen zu Lohndumping und Sozialabbau. Bei den Ostermärschen und beim Friedensratschlag in Kassel wird der Protest gegen die herrschende Kriegspolitik organisiert. An vielen Orten wehren sich Menschen gegen Naziaufmärsche und blockieren sie. Diese Selbstorganisation von Interessen ist die Arbeitsgrundlage unserer Partei. Diesem Hessen der politischen Selbstorganisation fühlt sich DIE LINKE verpflichtet.

Wir kämpfen für alle noch so kleinen Verbesserungen. Wir wissen aber auch, dass diese immer wieder verteidigt werden müssen, damit sie nicht vermeintlichen Sparzwängen zum Opfer fallen. Um erkämpfte Reformen dauerhaft abzusichern, ist eine andere Gesellschaft nötig. Deshalb streiten wir für eine Wirtschaftsordnung, die sich nicht an den Profitinteressen weniger, sondern an den Bedürfnissen der Mehrheit orientiert!

Unser Projekt: Ein Politikwechsel für Hessen

Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik für die Menschen

Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können, auch später beim Rentenbezug. Darum werden wir alles tun, um Lohndumping zu verhindern.

DIE LINKE will einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zunächst 10 Euro, der jährlich den Entwicklungen der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung angepasst wird.

Wir wollen durch die Investition von einer Milliarde Euro jährlich über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen, z. B. in Kitas, Schulen, Gesundheit und Pflege. Die öffentliche Hand muss bei der Auftragsvergabe tarifliche Standards und Umweltschutz in der Wirtschaft durchsetzen, und sie muss mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, damit junge Menschen eine Perspektive bekommen. DIE LINKE will eine landesweite Initiative zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze. Das Land Hessen muss endlich wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren und die Arbeitszeit der Beschäftigten auf 38,5 Stunden begrenzen.

Bezahlbare Wohnungen für alle

Wohnen ist ein Menschenrecht. Weil Wohnungen immer knapper und teurer werden, brauchen wir eine aktive Wohnungspolitik des Landes Hessen und der Gemeinden. Bei der Schaffung von Wohnraum muss auf die Barrierefreiheit geachtet werden. Öffentliche Investitionen und Fördergelder sollen zukünftig an das Kriterium der Barrierefreiheit gebunden werden.

Es müssen jährlich 4.000 neue Sozialwohnungen mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen gebaut werden. Wir brauchen aber auch jährlich 2.000 neue Studierendenwohnungen, um die katastrophale Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt zu beheben. Unbegründet leerstehende Wohn- und Bürogebäude müssen wieder bewirtschaftet oder enteignet werden.

Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

Jeder Mensch muss uneingeschränkt ein ganzes Leben lang freien Zugang zu Bildung haben. In einem gemeinsamen Lernen bis zur 10. Klasse werden alle schulischen Abschlüsse vorbereitet. In der „Schule für alle“ wird jedes Kind so gefördert, wie es den individuellen Bedürfnissen entspricht. Lernen braucht Zeit – G8 muss rückgängig gemacht werden. Der Ausbau von Ganztagschulen muss beschleunigt werden. Wir wollen die Lernmittelfreiheit, die die Hessische Verfassung vorschreibt, auch tatsächlich verwirklichen.

Auch gute Kinderbetreuung ist Bildung und darf niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb stehen wir an der Seite der Eltern und Erzieher_innen, die sich gegen das Kinderförderungsgesetz wehren.

Der Grundstein für ein erfolgreiches Leben wird früh gelegt. Kitas haben daran einen bedeutenden Anteil, deshalb müssen alle Kinder die Chance auf einen Betreuungsplatz ab dem 2. Lebensjahr haben. Hochschulen müssen ausreichend finanziert werden – daher ist der Hochschulpakt neu zu verhandeln.

DIE LINKE will nicht nur mehr Bildung, sondern auch eine bessere Bildung, die Schüler_innen die Fähigkeit zu Kritik, Selbstbestimmung und sozialer Verantwortung vermittelt. Die Inhalte von Bildung dürfen nicht an den Interessen der Wirtschaft ausgerichtet werden.

Sozialpolitik für mehr Lebensqualität

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert leben können. Armut muss konsequent bekämpft werden. Soziale Dienstleistungen wie Schuldnerberatung, Frauenhäuser, Betreuung HIV-Positiver, Erziehungsberatung, Hilfe für Obdachlose und ambulante Drogenhilfe müssen wieder stärker öffentlich gefördert werden. Gesundheitsversorgung gehört in die öffentliche Hand. Privatisierte Krankenhäuser müssen zurück in öffentlichen Besitz. Alle Krankenhäuser müssen so ausgestattet werden, dass die bestmögliche Gesundheitsversorgung aller selbstverständlich ist. Gesundheitsversorgung muss nicht profitabel, sondern sozial sein. Auch öffentliche Krankenhäuser dürfen deshalb nicht rein betriebswirtschaftlich geführt werden. Wir wollen keine Zweiklassenmedizin und gute Arbeitsbedingungen für Menschen in der Pflege.

DIE LINKE will ein Programm gegen das Sterben von Gemeinden, das die ländliche Infrastruktur stärkt (Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Betrieben, Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, soziale und kulturelle Einrichtungen, Internet, dezentrale Ämter).

Energiewende, Verkehr, Umwelt: ökologisch UND sozial!

Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Wir wollen eine schnelle und konsequente Energiewende mit den hessischen Gemeinden als Hauptakteure. Die Gemeinden brauchen das volle Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung, damit die Gewinne aus den erneuerbaren Energien in der Gemeindekasse bleiben und die Energieversorgung sozial und dezentral gestaltet werden kann. DIE LINKE will die Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum überführen.

Energie muss für alle Haushalte verfügbar und bezahlbar sein. Stromabschaltungen müssen verboten werden.

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der Ballungsräume und ohne eigenes Auto frei beweglich zu sein. Dafür brauchen wir ein ausreichendes Angebot an Verkehrsleistungen des ÖPNV.

Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind u. a. barrierefreie Verkehrsmittel unerlässlich. Flugverkehr muss begrenzt, ein Nachtflugverbot von 22 – 6 Uhr und die Stilllegung der Frankfurter Nordwestlandebahn müssen durchgesetzt werden.

Mehr Demokratie

Hessen braucht mehr Demokratie und Mitbestimmung – auch in den Betrieben – statt einer Politik, die Entscheidungen mit Lobbyisten in Hinterzimmern trifft. Wir wollen, dass mündige Bürger_innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ihre Belange selbst entscheiden – auch durch Volksbegehren und Volksentscheide.

Die Barrierefreiheit von Wahllokalen und Wahlvorgang ist längst überfällig. Das selbstverständliche Recht zu wählen ist unabhängig vom Gesundheitsstatus für Menschen mit und ohne Behinderung zu wahren. Das Wahlverbot für betreute Personen, psychisch Kranke und Menschen mit Behinderung muss abgeschafft werden.

Wir wollen den Landesgeheimdienst (Verfassungsschutz) auflösen und eine unabhängige Dokumentationsstelle für Demokratie und Menschenrechte einrichten.

DIE LINKE will ein eigenes Landesprogramm gegen Rassismus. Die Kriminalisierung der Antifa-Initiativen und Beratungsstellen muss beendet und deren Arbeit aktiv gefördert werden. Wir wollen der Perspektivlosigkeit von „Abgehängten“ auch deshalb begegnen, damit sie nicht für Neo-Nazis oder Fundamentalisten jeglicher Art ansprechbar werden.

Kultur und Medien für alle

Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Privatisierung von öffentlichen Kunst-, Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen muss beendet und zurückgenommen werden. Demokratische Kunst und Kultur zeichnet sich nicht nur durch freien Zugang, sondern vor allem auch durch eigene Aktivität und Kreativität aus. Förderung kultureller Vereine und Initiativen und kulturelle Bildung müssen deshalb ausgebaut werden.

Wir wollen Medienvielfalt, eine kritische Öffentlichkeit und einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien. Die Konzentration der Medien nimmt für die Demokratie bedrohliche Ausmaße an. Dem wollen wir gesetzlich über das Kartellrecht, aber auch durch die Förderung genossenschaftlicher und weiterer öffentlich geförderter demokratischer Medien entgegenwirken.

Friedliches Hessen

Wir wollen keine Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, CIA-Flüge, Waffenhandel usw. Die Bundeswehr gehört nicht in die Schulen; die Kooperationsvereinbarung Bundeswehr – Kultusministerium muss gekündigt werden.

DIE LINKE will ein Konversionsprogramm für die in Hessen produzierende Rüstungsindustrie. Hessen muss wieder zu einem Zentrum der Friedensforschung werden.

Mehr Einnahmen für soziale Gerechtigkeit

Wir wollen soziale Gerechtigkeit durchsetzen. Deshalb muss u. a. die den Bundesländern zustehende Vermögenssteuer wieder erhoben werden, wie es weltweit üblich ist, nur nicht in Deutschland.

Zur Erhöhung der Einnahmen brauchen wir auch mehr Betriebsprüfer, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch den Ankauf von Steuer-CDs und der Wirtschaftskriminalität.

DIE LINKE will aus dem Millionengrab „Neue Verwaltungssteuerung“ und den teuren Privatisierungs- oder PPP-Projekten aussteigen.

DIE LINKE will eine Gemeindefinanzreform zur besseren Ausstattung der Kommunen, die vor allem die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches zurücknimmt.

Gute Arbeit

In Hessen arbeitet heute etwa jede_r fünfte Beschäftigte im **Niedriglohnbereich**, das sind über 300.000 Menschen. Tendenz steigend. Mittlerweile ist jede dritte Frau im Niedriglohnbereich beschäftigt. Die Betroffenen sind arm trotz Arbeit. Viele Menschen können trotz Vollzeitstelle nicht mehr von ihrem Gehalt leben und sind gezwungen „aufzustocken“. Dieses „Aufstocken“, also die Subventionierung der Niedriglöhne, wird durch öffentliche Mittel (Steuergelder) finanziert. Dabei übernehmen die Kommunen einen hohen Lastenanteil, beispielsweise mit der Übernahme der Kosten der Unterkunft.

Zu den sinkenden Reallöhnen kommen zunehmend unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, denn acht von zehn neuen Jobs sind befristet oder werden als Leiharbeit geschaffen. Vor allem Berufseinsteiger_innen und junge Arbeitnehmer_innen kennen das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gar nicht mehr.

Die „Generation Praktikum“ ist gezwungen, unbezahlte Praktika zu absolvieren und in prekären Jobs ohne verlässliche Zukunftsperspektive zu arbeiten. Was Unternehmen gerne als „Flexibilisierung“ bezeichnen, bedeutet für viele Arbeitnehmer_innen und ihre Familien ein Leben ohne jede Planungssicherheit.

Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung, bekannt unter dem Namen Hartz I-IV, haben zur Vernichtung zigtausender sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze geführt, für sinkende Reallöhne gesorgt und damit die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gefährdet. Das darf nicht so bleiben. Scheinbar niedrige Erwerbslosenzahlen in Hessen können über diese Probleme nicht hinwegtäuschen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können und dürfen auch im Alter nicht in die Armut abrutschen.

DIE LINKE will:

■ Lohndumping verhindern – Mindestlohn statt Armutslohn

DIE LINKE will einen bundesweiten, branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von zunächst 10 Euro, der jährlich den Entwicklungen der Inflation und der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung anzupassen ist. Der Mindestlohn bildet einen Sockel und drückt das gesamte Lohngefüge nach oben. Zu seiner Einführung soll das Land Hessen eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einbringen. DIE LINKE Hessen unterstützt im Hessischen Landtag Initiativen von Kommunen, die eigene Impulse für einen Mindestlohn setzen. Deshalb fordert sie die Einführung einer Abgabe, die von Unterneh-

men geleistet werden muss, deren Arbeitnehmer_innen in Vollzeitstellen so wenig verdienen, dass sie Aufstockungsleistungen in Anspruch nehmen müssen. Die Höhe dieser Abgabe orientiert sich dabei am kommunalen Anteil der Transferleistungen, die durch diese Form der Entlohnung produziert werden, mit der Folge, dass Niedriglohnbeschäftigung für die entsprechenden Unternehmen unrentabel wird.

■ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Verbot der Leiharbeit**

Immer mehr Menschen sind bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Sie haben weniger Rechte, kaum Sicherheiten und ein niedrigeres Gehalt als die Stammebelegschaften. Viele Unternehmen gründen eigene Zeitarbeitsfirmen und lagern einen Teil ihrer Beschäftigten dahin aus – zu schlechteren Bedingungen. DIE LINKE will ein Verbot der Leiharbeit durchsetzen. Als erster Schritt zur Eindämmung der Leiharbeit ist die vollständige Rücknahme von Hartz I nötig. Die Synchronisierung von Arbeitsverträgen und Ausleihzeiten muss verboten werden. Wir wollen die betriebliche Mitbestimmung auf die Leiharbeit ausweiten. Zudem müssen Leiharbeiter_innen den gleichen Lohn erhalten und dürfen nicht als Streikbrecher missbraucht werden. Auch das Ausufern von Werkverträgen und deren Missbrauch müssen bekämpft werden.

- Um das Recht auf gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen, wollen wir die Mindestbeschäftigungsquote auf sechs Prozent anheben und die Ausgleichsabgabe bei Verstoß mindestens verdreifachen. Der Sonderstatus von Werkstattbeschäftigten muss abgeschafft, ihr Arbeitnehmerrecht gestärkt sowie tarifliche Bezahlung durchgesetzt werden.“

■ **Ausländische Abschlüsse anerkennen**

Durch die Nichtanerkennung ausländischer Berufsabschlüsse werden viele Arbeitnehmer nicht ihrer Qualifikation entsprechend entlohnt. Das wollen wir durch eine verbesserte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse und bessere Angebote zur Nachqualifikation ändern.

■ **Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen**

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich garantiert ist, verdienen Frauen bei gleicher Arbeit trotzdem noch immer fast 25 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben kein existenzsicherndes Einkommen. Junge Frauen haben es schwerer, in mathematisch-technischen Berufen eine Arbeit zu finden, während Kinderbetreuung immer noch überwiegend von Frauen organisiert wird. Frauen sind von der Politik des Sozialkahlchlags besonders hart betroffen. Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Dies gilt besonders für alleinerziehende Mütter.

■ **Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst verkürzen und tarifliche Standards einhalten**

Die Landesregierung hat die Arbeitszeit der Beschäftigten im Land ohne Lohnausgleich von 38,5 auf 42 Stunden erhöht und tarifliche Standards durch Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder verschlechtert. Dadurch hat sie 20.000 Arbeitsplätze vernichtet und die Löhne und Gehälter im Verhältnis zur erbrachten Arbeitszeit drastisch abgesenkt. Dies führt dazu, dass in vielen Bereichen, insbesondere in Schulen und bei der Polizei, die Arbeitsbelastung das Maß des Zumutbaren überschritten hat. Die Qualität der Dienstleistungen für Bürger_innen wird dadurch zwangsläufig verschlechtert. DIE LINKE will den Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und dadurch die

Wiedereinführung der Wochenarbeitszeit nach dem Tarifvertrag der Länder (TVL), sowie die Verringerung der Arbeitszeit auf 38,5 Stunden auch für die Beamtinnen und Beamten.

■ **Nachhaltiges Landesvergabegesetz**

Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber der Privatwirtschaft. Die staatliche Auftragsvergabe hat aufgrund ihres Umfangs erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und kann Maßstäbe setzen. Diesen Einfluss wollen wir nutzen, um tarifliche Standards und Umweltschutz im Wirtschaftsleben durchzusetzen. Unternehmen, die Dumpinglöhne zahlen oder Umweltstandards missachten, dürfen keine öffentlichen Aufträge erhalten. DIE LINKE setzt sich für die Einführung eines EU-rechtskonformen Landesvergabegesetzes ein, das Betriebe, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, auf die Zahlung von Tariflöhnen (Tariftreuegesetz), mindestens aber 10 Euro pro Stunde, sowie auf ihr Engagement bei der Ausbildung und auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichtet. Lohndumping und ein Wettbewerb auf Kosten der Beschäftigten und der Umwelt kann so wirksam verhindert werden.

■ **Verkürzung der Ladenöffnungszeiten – Reduzierung der Sonntagsarbeit**

Die weitgehende Freigabe der Ladenöffnungszeiten hat weder zur Erhöhung der Umsätze im Einzelhandel geführt noch die Zahl der regulären Vollzeit Arbeitsplätze erhöht. Stattdessen helfen längere Ladenöffnungszeiten Handelskonzernen dabei, kleinere Geschäfte zu verdrängen. Dadurch verschlechtert sich die Versorgung in ländlichen Regionen und Randlagen der Städte. Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten hat negative Folgen für die Arbeitssituation der etwa 200.000 Beschäftigten im hessischen Einzelhandel. Da im Einzelhandel überwiegend Frauen arbeiten, sind diese durch die ungünstigen Arbeitszeiten besonders stark beeinträchtigt. Die Landesregierung hat zudem durch den Erlass der Bedarfsgewerbeverordnung die Sonntagsarbeit erheblich ausgeweitet. DIE LINKE will Ladenöffnungszeiten und Sonntagsarbeit wieder im Sinne der Beschäftigten im Einzelhandel auf das notwendige Maß reduzieren.

■ **Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern**

Arbeit darf nicht krank machen. Deswegen brauchen wir einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz. Wir brauchen eine bessere Verteilung der Arbeit, kürzere Arbeitszeit und mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

■ **Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs oder „Bürgerarbeit“**

Wir wollen alle Ein-Euro-Jobs und „Bürgerarbeit“ in Hessen in sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umwandeln. Der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern führt nicht zur Entstehung neuer Arbeitsplätze, er hat im Gegenteil zum Abbau regulärer Arbeitsplätze geführt. DIE LINKE will die Mittel der Gemeinden, der Bundesagentur für Arbeit und des Europäischen Sozialfonds für ALG II-Beziehende und Arbeitsfördermaßnahmen bündeln. Ergänzt durch einen ausreichenden Zuschuss aus Landesmitteln werden Kommunen und Landkreise in die Lage versetzt, Ein-Euro-Jobs in sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln, die andere Arbeitsplätze weder verdrängen noch ersetzen.

■ **Nachhaltige Investitionen für 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze**

Wir wollen durch die Investition von einer Milliarde Euro jährlich über 30.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Damit soll die soziale Infrastruktur verbessert, das Bildungssystem ausgebaut und ein Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz geleistet werden. Dadurch werden der Energieverbrauch und der CO₂-Ausstoß eingeschränkt, der

öffentliche Nahverkehr und das Radwegenetz ausgebaut sowie der Umstieg auf umweltfreundliche Energieträger und Gebäudesanierung beschleunigt. Diese Maßnahmen reduzieren die Erwerbslosigkeit und steigern die Lebensqualität der Menschen.

Sozialpolitik für mehr Lebensqualität

Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen ihre Persönlichkeit frei entfalten und sozial abgesichert leben können. Wir wollen eine Gesellschaft, in der tatsächlich alle Menschen gleiche Rechte haben.

■ Armut bekämpfen

Hessen ist ein reiches Land und trotzdem gibt es Armut. Mehr als 133.000 Kinder leben im Hartz IV-Bezug. Die Lebenserwartung von Geringverdienern ist von 2001 bis 2010 um zwei Jahre gesunken. Arbeitende Menschen verdienen so wenig, dass sie ergänzende Leistungen beantragen müssen, und Alte können ihre Pflege nicht mehr bezahlen. Wir kämpfen gegen diese Armut. Kleinreden und statistische Tricks helfen den Betroffenen nicht, und die Angst vor der Armut setzt alle unter Druck. Überall da, wo Menschen mit Menschen arbeiten, egal ob Kranken- oder Altenpflege, Kinderbetreuung oder Sozialarbeit, wird wenig bezahlt und die Anerkennung fehlt. Nicht der Profit ist die Maxime, nach der wir die Gesellschaft gestalten wollen, sondern Lebensqualität und Würde jeder und jedes einzelnen.

Menschen verstecken verschämt ihre Armut, denn sowohl Landes- als auch Bundesregierung vermitteln immer wieder, dass Armut selbst verschuldet sei. Tatsächlich sind aber die sozialpolitischen Instrumente nur unzureichend mit Mitteln ausgestattet. So wird eine aktive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verhindert; die Armut verfestigenden Strukturen werden nicht aufgebrochen. Eine umfassende Armuts- und Reichtumsberichterstattung findet nicht statt. Tafeln und Kleiderkammern sind Folge der verfehlten Sozialpolitik von CDU, SPD, FDP und Grünen, die verantworten, dass Menschen auf Almosen angewiesen sind.

DIE LINKE will:

- eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert. Hartz IV muss weg!
- die Verbesserung der personellen Ausstattung der Argen und Kreisjobcenter gerade auch mit Mitarbeitern, die fremde Sprachen beherrschen.

■ Gesundheit darf keine Ware sein

Dank des medizinischen Fortschrittes sind immer mehr Krankheiten behandelbar und wir leben länger. Dabei erleben wir, wie Gesundheit mehr und mehr zur Ware wird. Wir zahlen Krankenkassenbeiträge, um bei Bedarf medizinisch gut versorgt zu werden. Ärzt_innen, Pflegekräfte und Therapeut_innen sollen für ihre gute Arbeit gutes Geld verdienen - aber für Aktiengewinne sind unserer Krankenversicherungen nicht da. Gesundheitsvorsorge in öffentlicher Hand, die demokratisch kontrolliert wird, ist der beste Garant für eine gute Versorgung für alle. Das Land Hessen ist verantwortlich für die Krankenhäuser und nur, wenn es dieser Verantwortung nachkommt, wird die bestmögliche Gesundheitsversorgung erreicht. Weder Überversorgung zur Auslastung teurer Geräte noch Unterversorgung als Ergebnis von Ratio-

nalisierung haben dabei Platz. Weder in unseren Städten noch auf dem Land wollen wir eine Zweiklassenmedizin. Für alle Patient_innen muss gelten: gleiche Wartezeiten auf Arzttermine, gleiche Behandlung, gleiche Medikamente.

Mit der Privatisierung von zwei der drei hessischen Universitätskliniken (Gießen und Marburg) hat die CDU-Landesregierung nicht nur den Beschäftigten, sondern auch hunderttausenden Patienten schweren Schaden zugefügt. Der Protest dagegen wird immer lauter. Wir halten Konkurrenz und Profitprinzip im Gesundheitswesen für falsch. Privatisierung heißt nicht besser und effizienter. Privatisierung führt dazu, dass Gesundheit immer mehr eine Frage des Geldbeutels wird. Privatisierung von Gesundheitsrisiken und Rationalisierungen haben für die Patientenversorgung eine bedrohliche Reduzierung von Personal und Leistungsabbau sowie Einschränkung von Rechten der Versicherten und Patienten zur Folge.

Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen für die Menschen in der Pflege. In den ambulanten Pflegediensten herrscht zum größten Teil, genau wie in den Krankenhäusern, großer Personalmangel.

DIE LINKE will:

- Kommunale Kliniken erhalten und den Rückkauf dort fördern, wo bereits privatisiert wurde; dazu müssen auch Personalmindeststandards geschaffen werden, um gute Pflege zu gewährleisten;
- Auch für ambulante Pflegedienste muss ein Personalschlüssel erstellt werden.

■ „Operation Düstere Zukunft“ zurücknehmen – soziale Infrastruktur wieder ausbauen

Die Regierung Koch legte 2003 ein Kürzungspaket mit dem Namen „Operation Sichere Zukunft“ auf – mit enormen Einschnitten insbesondere im sozialen Bereich. Die Mittel für Schuldnerberatungen, Frauenhäuser und die AIDS-Hilfe wurden zusammengestrichen, viele Einrichtungen mussten schließen, Mitarbeiter_innen entlassen oder ihr Angebot reduzieren.

Wir wollen diese Kürzungen vollständig zurücknehmen, die soziale Infrastruktur erhalten und ausbauen. Menschen in Not sind auf schnelle und qualifizierte Hilfe angewiesen. Deshalb brauchen Frauenhäuser und Beratungsstellen verlässliche und langfristige Finanzierung, damit sie ihre wichtige Arbeit leisten und ihre Mitarbeiter_innen nach Tarif entlohnen können.

DIE LINKE will:

- Häusliche Gewalt und die Bedrohung der sexuellen Selbstbestimmung müssen konsequent bekämpft werden. Eine wichtige Grundlage dafür sind leider immer noch die Frauenhäuser, die deshalb nach wie vor wirtschaftlich abgesichert sein müssen.
- Zur Selbstbestimmtheit gehört auch die Schwangerenkonfliktberatung; die Kürzungen der Landesregierung in diesem Bereich werden wir zurücknehmen.
- Kommunale Frauenbeauftragte müssen verpflichtend zu allen Frauen betreffenden Belangen gehört werden und mitentscheiden dürfen.

■ Jugendpolitik

In der Jugendarbeit wurde in den letzten Jahren auf kommunaler Ebene enorm gekürzt. Jugendzentren wurden geschlossen, Personal abgebaut und Freizeitangebote reduziert. Das

wollen wir ändern. Jugendliche brauchen ausreichend Freizeitangebote und Orte, an denen sie sich treffen und selbstbestimmt ihre Freizeit verbringen können. Das gilt insbesondere für Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, die sich keine teuren Hobbies leisten können. Wir wollen, dass Jugendliche ihre Jugendzentren selbst verwalten können. Alle Jugendzentren brauchen qualifiziertes und gut ausgebildetes Personal, Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen. Zudem wollen wir den Einsatz von Streetworkern verstärken.

Die durch Einnahmen aus dem Glücksspiel erfolgende Finanzierung der Jugendverbände wollen wir auf eine verlässliche Basis stellen, indem ein Mindestbetrag gesetzlich festgelegt wird, der nicht unterschritten werden darf.

Wir wollen die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen fördern und erreichen, dass Jugendliche unter 18 Jahren freien Eintritt in die staatlichen Museen und Theater erhalten.

Wir wollen Jugendliche teilhaben lassen an politischen Entscheidungen, das kommunale Wahlrecht dahingehend verändern und das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen.

■ **Würdiges Leben im Alter**

Es ist schön, dass immer mehr Menschen immer älter werden. Das verändert unsere Gesellschaft grundlegend. Wir müssen auf diese demografischen Veränderungen reagieren.

Seniorenrechtliches Wohnen, Mobilität im Alter und menschenwürdige Pflege stellen zentrale Themen dar.

Im ländlichen Raum fehlt die Infrastruktur, um älteren Menschen den Verbleib in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen. Einkaufen oder der Arztbesuch werden zum Problem. Pflegekräfte fehlen sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich.

DIE LINKE will:

- genügend und gut ausgebildete Altenpflegerinnen und Altenpfleger; deshalb wollen wir für wirtschaftlich abgesicherte Altenpflegeschulen für alle Schülerinnen und Schüler sorgen; und eine so wichtige Arbeit muss angemessen bezahlt werden.

■ **Menschen mit Behinderungen wirksam unterstützen**

Wir wehren uns gegen alle Formen der Diskriminierung: Menschen mit Behinderung gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Dafür müssen Barrieren abgebaut werden. Dazu gehören Barrieren bei öffentlichen Gebäuden und privatem Wohnraum genauso wie Barrieren in den Köpfen. Für DIE LINKE sind der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Arbeit und die Gestaltung des eigenen Lebens grundlegende Forderungen.

DIE LINKE will:

- die vielfältigen Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen abstellen. Barrieren in den Köpfen, Straßen und in Gebäuden müssen abgeschafft werden.
- Außerdem brauchen wir Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen, die uns nicht krank machen und behindern. Dazu braucht es einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz.
- Eine gute Bezahlung der Beschäftigten in der Behindertenhilfe nach Flächentarifvertrag ist für eine gute Versorgung der behinderten Menschen notwendig.

■ Drogenpolitik

Kaffee, Alkohol und Zigaretten gehören zum Leben vieler Hessinnen und Hessen. Trotz aller Verbotspolitik sind auch illegalisierte Substanzen flächendeckend in Stadt und Land verfügbar. Nicht jeder Drogengebrauch führt zu Abhängigkeit.

Drogenpolitik findet seit Jahren so gut wie nicht statt und innovative Konzepte kommen nicht vor. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist zufällig und willkürlich. Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum abhalten. Ein vernünftiger Umgang mit Drogen ist möglich, wird aber bei illegalisierten Substanzen bereits bei gelegentlichem Gebrauch durch Kriminalisierung und Ausgrenzung erschwert.

Als LINKE wollen wir eine Entkriminalisierung von Drogen und gleichzeitig eine enge Verbindung von Suchtprävention auch bei sogenannten legalen Drogen, ausstiegsorientierten und konsumakzeptierenden (z.B. Drug Checking) Hilfen, Drogensubstitution und Gesundheitshilfen für Drogenkranke. Wir fordern Druckräume mit hygienischen Bedingungen, Beratung für Betroffene und ihre Familien, wissenschaftlich nachvollziehbare Grenzwerte für Cannabisgebrauch im Straßenverkehr und eine flächendeckende Versorgung mit Substituten bzw. Diacetylmorphin. Perspektivisch setzt sich DIE LINKE für eine Regulierung des Drogenmarktes ein.

■ Gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land

Wenn wir in Hessen gute, gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen, müssen wir uns den Problemen stellen, die die Menschen im Ballungsgebiet Rhein-Main betreffen, ebenso wie den oft ganz anderen Problemlagen der Menschen im ländlichen Raum. Die Lösungen können also nicht immer die gleichen sein, sie müssen gleichwertig sein.

Wir brauchen Antworten auf die Frage, wie wir mit den überfüllten Klassen in den größeren Städten umgehen und gleichzeitig das Schulsterben auf dem Lande bekämpfen, wie wir der Wohnungsnot in den Städten begegnen und gleichzeitig damit umgehen, dass wir in den Dörfern Leerstand an Wohnungen haben. Überfüllten U-Bahnen stehen halb leere Busse zwischen kleinen Gemeinden gegenüber. Menschen brauchen Lösungen, die in ihrer Lebensumgebung die richtigen Antworten geben.

DIE LINKE will:

- dass Kinder und Jugendliche auch im ländlichen Raum kurze Wege zu Kindertagesstätten und Schulen haben, dass sie die Möglichkeit haben, sich zu treffen und ihren Interessen und Hobbies nachzugehen; deshalb muss die Infrastruktur in Form von Bildungseinrichtungen, Jugendhäusern, Treffpunkten, Sportstätten und Klubs aufrechterhalten bzw. wieder aufgebaut werden;
- Unterstützung für das Zusammenleben: z.B. hat das Projekt „Soziale Stadt“ hierfür viel getan; es abzuschaffen war ein Fehler, den wir sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene beheben wollen.

■ Rückführung Universitätsklinikum Gießen-Marburg

Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (UKGM) ist gescheitert. Die CDU-geführte Landesregierung hat das Klinikum 2006 weit unter Wert an eine private Aktiengesellschaft, die Rhön-AG, verkauft. Der damalige Ministerpräsident Roland Koch feierte das Projekt als „Leuchtturm“. Heute ist das Klinikum ein Sanierungsfall. Das Ziel des pri-

vaten Betreibers ist die Erwirtschaftung von Renditen für seine Aktionäre. Um die Profite zu realisieren, wurden Arbeitsabläufe umstrukturiert, Unternehmensbereiche ausgegliedert (Wäscherei), Fallzahlen gesteigert, in neue Gebäude investiert und eine „Unternehmensberatung“ engagiert. Die gewünschten Ergebnisse blieben dennoch aus. Die Geschäftsführung wurde mehrfach ausgetauscht. Gleichzeitig haben sich die Bedingungen für die medizinische Versorgung der Patient_innen, für die Arbeit der Beschäftigten sowie für Forschung und Lehre spürbar verschlechtert. Die Mitarbeiter_innen müssen an ihre Grenzen gehen, um eine bestmögliche Versorgung zu ermöglichen.

Als Teil des Rhön-Konzerns ist das UKGM zum Spielball auf den Finanzmärkten verkommen. Mehrfach scheiterten Versuche des Gesundheitskonzerns Fresenius, die Rhön-AG und das UKGM zu übernehmen.

Viele Menschen in Marburg und Gießen kritisieren die Privatisierung und ihre Folgen. Ein Aktionsbündnis hat zehntausende Unterschriften gegen weiteren Stellenabbau und für gute Arbeitsbedingungen gesammelt und an Ministerpräsident Volker Bouffier übergeben. Eine Petition für die Rückführung des UKGM wurde eingereicht. DIE LINKE unterstützt diesen Protest und steht solidarisch an der Seite von Patient_innen und Beschäftigten.

Die Landesregierung ignoriert den Protest und die berechtigten Anliegen der Menschen in der Region. Die sogenannte „Gemeinsame Vereinbarung“ zwischen dem Land und der Rhön-AG ist eine Mogelpackung. Weder verhindert sie den laufenden oder weiteren Stellenabbau, noch werden Maßnahmen vereinbart, die geeignet sind, die Arbeitsbedingungen und die Bedingungen für die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Die reguläre Inbetriebnahme der Partikeltherapie wird auf die lange Bank geschoben, der Rhön-AG der Großteil der Vertragsstrafe erlassen. Die Tatsache, dass die Rhön-AG nun öffentliche Investitionszuschüsse vom Land garantiert bekommt, ist das endgültige Eingeständnis in das Scheitern des Geschäftsmodells des privaten Klinikbetreibers. Die „Gemeinsame Vereinbarung“ bedient die Interessen des Rhön-Konzerns und nicht die der Patient_innen und Beschäftigten.

DIE LINKE setzt sich für die Rückführung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg in öffentliches Eigentum ein. Dies ist eine notwendige Bedingung dafür, eine bestmögliche Patientenversorgung, gute Arbeitsbedingungen und die Freiheit von Forschung und Lehre zu garantieren.

DIE LINKE Hessen will:

- Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg muss in Landeseigentum zurückgeführt werden. Dafür gilt es, alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen zu nutzen, um das UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.
- Bis zu der notwendigen Rückführung ist die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen seitens der Rhön-AG (wie etwa die reguläre Inbetriebnahme der Partikeltherapie und der Verzicht auf öffentliche Investitionszuschüsse) sicherzustellen.
- Die sogenannten Konsortialverträge zwischen Land und Rhön-AG sollen offengelegt und die hessische Bevölkerung unmittelbar umfassend und transparent über den Inhalt der Verträge informiert werden.
- Für Krankenhäuser müssen per Gesetz quantitative und qualitative Personalmindeststandards eingeführt werden.

Gute Bildung und gleiche Bildungschancen für alle

Der Zugang zu Bildung muss allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft sowie unabhängig vom Geschlecht offen stehen. Menschen dürfen nicht aufgrund von Behinderungen oder Förderbedarf in bestimmten Bereichen aus dem allgemeinen Schulwesen ausgegrenzt werden. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und somit ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Bildung ist ein Menschenrecht!

Die Bildungspolitik der Landesregierung beruht auf Auslese. Sie benachteiligt gerade jene Kinder, die auf Grund familiärer Verhältnisse, geringen Einkommens oder geringer Bildung der Eltern, mangelnder Kenntnisse der deutschen Sprache o.ä. besonderer Unterstützung bedürfen. Das hessische Bildungswesen mit seiner mehrgliedrigen Schule ist ungerecht und nicht auf Förderung aller Kinder ausgerichtet. Sieben Prozent der Schüler_innen verlassen hessische Schulen ohne Abschluss. Lernen braucht Zeit. DIE LINKE lehnt die Verkürzung der Schulzeit (G8) ab.

DIE LINKE will eine sozial gerechte und demokratische Bildungsreform. Alle fördern und keinen „sitzen lassen“ muss an die Stelle von Auslese treten. Wir streiten für ein durchlässiges Bildungswesen, das die gesamten Lebensbedingungen der Lernenden in den Blick nimmt. Das hessische Bildungssystem ist durchlässig nur in eine Richtung: nach unten. Auf eine_in Schüler_in, die / der auf eine höhere Schulform wechselt, kommen zwölf, die auf niedrigere Schulformen „abgeschult“ werden. Die Übergänge im hessischen Bildungssystem müssen kooperativ und umsichtig gestaltet werden. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss auf breiter Basis und mit den nötigen Ressourcen verwirklicht werden. Der Wechsel von der Berufs- zur Hochschulbildung muss erleichtert werden, Studienplätze müssen ausreichend und ohne künstliche Barrieren zur Verfügung gestellt werden, erworbene berufliche Qualifikationen müssen anerkannt werden.

Bildung muss gebührenfrei sein – von der Kita bis zur beruflichen Weiterbildung. Dies sieht auch die Hessische Verfassung in Artikel 59 vor: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“ Dennoch wird die zugesicherte Lernmittelfreiheit überall in Hessen systematisch unterhöhlt. DIE LINKE will daher ein neues Lernmittelfreiheitsgesetz, das seinen Namen auch verdient. Zusätzlich fordern wir eine kostenlose und hochwertige Essensversorgung in öffentlichen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.

Eine sozial gerechte Bildung für ALLE kann nur in gesellschaftlicher Verantwortung und bei umfassender und bedarfsorientierter staatlicher Förderung gewährleistet werden. Bildung ist keine Ware! Die LINKE wendet sich daher gegen alle Formen von Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens. Wir wenden uns gegen die Bemühungen der Landesregierung sich dadurch immer weiter aus der Verantwortung zu stehlen. Kitas, Schulen und Hochschulen sollen sich nicht wie Unternehmen verhalten müssen. Pädagogik soll im Vordergrund stehen, nicht ‚Effektivitätskennziffern‘, die in zentralen Vergleichstests erhoben werden und die Bildungseinrichtungen durch ‚Rankings‘ in Konkurrenz zueinander setzen. Bildungseinrichtungen benötigen ausreichend qualifiziertes Personal, sie sollen sich nicht aus schon gekürzten Budgets billigeres Personal selbst beschaffen oder Drittmittel einwerben müssen.

Deswegen will DIE LINKE, dass Bildung umfassend und bedarfsgerecht finanziert wird. Das hessische Bildungswesen ist im internationalen Vergleich stark unterfinanziert. Das wollen wir ändern.

■ Ein Anrecht auf kostenlose Kindertageseinrichtungen

Kinderfreundliche Politik muss Kindern von Anfang an die beste Förderung ermöglichen. Sie muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, ohne dass den Kindern dadurch Nachteile in ihrem Bildungsverlauf entstehen. Dies gelingt nur dann, wenn ausreichend qualitativ gute Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder bereitgestellt werden.

Der Besuch von Kinderkrippen und Kindertagesstätten als erste außerfamiliäre Bildungsinstitution muss gebührenfrei sein und damit für alle Kinder zugänglich.

Für die Betreuung und Bildung für Kinder unter 3 Jahren wollen wir flächendeckend ausreichend öffentlich verantwortete und kontrollierte Kinderkrippen schaffen. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz muss ohne Abstriche verwirklicht werden. Die Übergänge vom Elternhaus zu Kinderkrippe bzw. Kindertagesstätte und Schule sollen fließend gestaltet werden. Tagesmütter sollen nicht die Regel sein, sondern in besonderen Situationen Abhilfe schaffen. Der hessische Bildungsplan für Kinder von 0-10 Jahren bietet eine gute Grundlage, die sich allerdings nur mit den entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen lässt.

DIE LINKE will:

- die Ausbildung von Erzieher_innen auf Fachhochschulniveau anheben und die Bezahlung entsprechend anpassen. Erzieher_innen mit „alter Ausbildung“ dürfen nicht schlechter gestellt werden.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze muss erhöht werden.
- Ziel ist eine Betreuung von zwei qualifizierten Vollzeitkräften auf eine Gruppe mit höchstens 8-10 Kindern unter 3 Jahren und mit höchstens 20 Kindern über 3 Jahren. Dafür wollen wir den Kommunen für 2.500 zusätzliche Erzieher_innen zweckgebunden Geld bereitstellen.
- ganzheitliche Förderung aller Kinder – Stärken erkennen und fördern, Schwächen ausgleichen; angemessene Vorkehrungen für jedes Kind treffen, damit gemeinsames Lernen überall wohnungsnah möglich ist;
- ausreichend Vorbereitungszeit von Pädagog_innen für Elterngespräche sowie die Beobachtung und Dokumentation von Bildungsprozessen der Kinder;
- Aufnahme aller Kinder einer Jahrgangsstufe in die Schule für ALLE ab Klasse eins – keine Auslese nach sozialer Herkunft, Entwicklungsstand oder Migrationshintergrund; keine Selektion nach Beeinträchtigung oder Behinderung;
- mehr fächerübergreifenden Unterricht und Projektarbeit;
- multiprofessionelle Teams in allen Bildungsinstitutionen;
- Pädagog_innen als „Entwicklungsbegleiter“ von Kindern werden angesichts der immer massiveren Folgen des Sozialabbaus noch wichtiger.

■ Die Schule für ALLE – die beste Schule für jedes Kind

Kinder sind natürlich begabt zu lernen – sie können gar nicht anders. Sie sind neugierig, probieren gerne aus und sind schnell begeistert von neuen Erfahrungen. DIE LINKE will eine Schule, die diese natürliche Begabung unterstützt, herausfordert und mit Spaß erleben lässt. Eine solche Schule, die Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein ihrer eigenen Möglichkeiten eröffnet, darf nicht auslesen, „abschulen“, benoten oder sitzen bleiben lassen.

In einer solchen Schule lernen alle Kinder gemeinsam – von der ersten bis zur zehnten Klasse. Sie lernen zusammen, aber nicht immer dasselbe. Sie lernen von- und miteinander, auch über Jahrgangsgrenzen hinweg. Sie stellen sich Aufgaben selbst und suchen nach Lösungen. Sie helfen ihren Mitschüler_innen und knüpfen Kontakte außerhalb der Schule. Jedes Kind ist lernfähig – auch Kinder mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen.

Jedes Kind wird inklusiv beschult und jedes Kind braucht individuelle Förderung und Herausforderungen. Das ist unabhängig von Einschränkungen und Behinderungen. Die Lehrer_innen werden ausgebildet, um individuelle Lernfortschritte, interaktives und soziales Lernen zu ermöglichen. Sie geben Anregungen und sind Partner_innen für Auseinandersetzungen. Sie begleiten die Schüler_innen in deren höchst eigenen Lern- und Entwicklungsprozessen. Wir wollen eine Pädagogik, die Lernen mit Freude und Spaß verbindet und nicht auf Strafen, Beschämung und Konkurrenz setzt. Die Schüler_innen werden als ganzheitliche Menschen wahrgenommen, deren Reifeprozess unterstützt wird.

Die Schule für ALLE engagiert sich, wenn Schüler_innen in ihrem häuslichen oder persönlichen Umfeld Probleme haben und bietet sozialpädagogische und sozialpsychologische Hilfen. Dafür ist flächendeckende Schulsozialarbeit selbstverständlich. Der Schulpsychologische Dienst muss ausgebaut werden.

Für eine neue Schulstruktur

Um eine solche Schule verwirklichen zu können, muss das gegliederte, auf ständige Auslese ausgerichtete Schulsystem von Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule („Förderschule“) überwunden werden. An seine Stelle soll in Hessen als einzige Regelschule die Schule für ALLE treten – genauso wie in allen Ländern, die in internationalen Bildungsvergleichen Spitzenplätze belegen.

Die Schule für ALLE umfasst die Primarstufe und die Sekundarstufe I (Klassen 1-10). In dieser Schule sollen die Schüler_innen nicht in abschlussorientierte Klassen oder Lerngruppen sortiert werden. Einen besonderen Hauptschulbildungsgang oder entsprechende Kurse wird es nicht mehr geben, auch keine frühe Trennung in einen besonderen Bildungsgang zum Abitur. Die Schule für ALLE ermöglicht alle schulischen Abschlüsse. Die Vollzeitschulpflicht soll 10 Jahre betragen. Sie integriert Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen, Flüchtlings- und Migrationshintergrund und fördert sie individuell.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der 10. Klasse bestehen ausreichende Möglichkeiten zur weiteren Bildung: Erwerb der Hochschulreife, Zugang zu fachspezifischen Hochschulen, anspruchsvolle berufliche Ausbildung, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen.

Nach der Schule für ALLE besteht für ALLE die Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft.

Individuelles Lernen ist nur in kleinen Gruppen möglich. Die Klassen- und Gruppenstärke sollte 25 und in der Primarstufe 20 Schüler_innen nicht übersteigen. In inklusiv arbeitenden Schulen ist diese Lerngruppenstärke bereits zu hoch: 16 Schüler_innen wären angemessen. Ungelernte Kräfte oder Studierende können Lehrkräfte nicht ersetzen. Dies gilt auch für Hausaufgabenbetreuung und Wahlunterricht.

Alle Schulen sollen als Ganztagschulen eingerichtet werden.

Die Schule für ALLE ist eine rhythmisierte gebundene Ganztagschule, in der Lerngruppen an mindestens drei Tagen bis 15.30 Uhr leben und lernen. Sowohl Schüler_innen, die beim Lernen mehr Unterstützung brauchen, als auch diejenigen, die aus Interesse ein Thema vertie-

fen wollen, erhalten in der Schule für ALLE mehr Zeit, als bisher im Schulalltag zur Verfügung steht. Das starre Zeitkonzept der 45-minütigen Schulstunden wird aufgelöst. Hierfür wollen wir 2.500 zusätzliche Lehrer_innenstellen schaffen.

Unterricht, Lernphasen, Übungsphasen, Selbststudium, Förderung, freiwillige Arbeitsgemeinschaften und Freizeitangebote werden über den gesamten Schultag verteilt. Danach gehen die Schüler_innen nach Hause und haben keine weiteren Hausaufgaben. Schule muss ein Lebensraum sein, in dem sich Schüler_innen wohlfühlen. Um das zu erreichen, soll über Kooperationen das bisherige Vereinsleben für Kinder und Jugendliche mit der Schule verbunden werden. Besonders wichtig ist das für Schüler_innen, deren Eltern nicht das Geld für private Förderung haben. Selbstverständlich ist für eine gesunde Ernährung über den gesamten Schultag gesorgt. Die räumlichen Voraussetzungen der Schulen müssen den Erfordernissen einer Ganztagschule angepasst werden.

Bildung in der Schule für ALLE – Inhaltliche Ansprüche und Gestaltung

Die Schule für ALLE vermittelt umfassende und ganzheitliche Allgemeinbildung. Der Unterricht wird praxisnah sein und dem polytechnischen Prinzip entsprechen. Schulen sollen mehr Freiräume bei der Auswahl der Stoffe, zusätzlicher Bildungsinhalte und Unterrichtsformen sowie für außerunterrichtliche Betätigungsmöglichkeiten erhalten, also ihr pädagogisches Profil selbst bestimmen können. Die ausufernde Zahl zentraler Vergleichsarbeiten steht einem solchen Konzept entgegen. „Lernen für die Prüfung“ bringt keinen nachhaltigen Wissens- und Kompetenzerwerb. Einen kompetenzorientierten Unterricht, in dem nur formale Kompetenzen unabhängig von Bildungsinhalten vermittelt werden, lehnen wir ab.

Demokratische Prinzipien

Unserem Verständnis nach bedeutet Demokratie in der Schule für ALLE, dass Entscheidungen mehrheitlich getroffen werden und kein_e Einzelne_r und keine Gruppe mehr Rechte hat als die anderen. Gerade junge Menschen müssen mit ihren Ideen und Meinungen ernst genommen werden, weshalb wir für die Schulkonferenz eine Drittelparität mit gleicher Stimmenanzahl für Schüler_innen, Lehrkräften inklusive Schulleiter_innen sowie Elternvertreter_innen einfordern. Alle weiteren Mitarbeiter_innen an der Schule für ALLE werden an der Entscheidungsfindung ebenso beteiligt, anstatt nur informiert zu werden. In Zusammenarbeit aller Gruppen entsteht ein Schulprogramm, das die Grundsätze und Ziele der gemeinsamen Arbeit formuliert und die Schwerpunktsetzung der Schule festlegt.

Schulleiter_innen werden auf Zeit gewählt und besitzen kein Vetorecht gegen Entscheidungen der Schulkonferenz.

Wichtige Partner bei der erfolgreichen Gestaltung schulischer Arbeit sind die Eltern. Der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule soll darum große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Schulerfolg eines Kindes muss aber auch dann sichergestellt sein, wenn die Eltern sich nicht engagieren können oder wollen.

Schülervertretungen sollen sich mit allen die Schüler_innen interessierenden Fragen befassen können, also ein allgemeinpolitisches Mandat haben. Sie erfahren eine größere Wertschätzung und werden in ihrer Arbeit gefördert. Sie erhalten Räumlichkeiten sowie einen festen und gemeinsam beschlossenen Etat. Schüler_innen sollen im Unterricht über die Auswahl von Stoffen und Themen, über Arbeitsformen und Unterrichtsgestaltung sowie über die Auswahl weiterer schulischer Angebote mitentscheiden können.

In den Schulen sollten alle Formen von Rassismus thematisiert werden, um Kinder und Jugendliche immun gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu machen. Dazu gehört, den Unterrichtsstoff und alle Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende, ausgrenzende Haltungen zu überprüfen und den eurozentrierten Blickwinkel zu beseitigen. In interkulturellen Projekten lernen Kinder und Jugendliche, dass Menschen aus allen Ländern und Kulturen wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben.

Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. Die bestehende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr will DIE LINKE aufheben.

Pädagogen bilden, motivieren, anerkennen

DIE LINKE will die pädagogische Ausbildung reformieren. DIE LINKE will eine Verzahnung von theoretischer und praktischer Ausbildung, von Fachwissenschaft und Pädagogik, Didaktik und Methodik über die gesamte Dauer der Ausbildung. Angehende Lehrer_innen brauchen ebenso solide psychologische und sozialpädagogische Kenntnisse wie diagnostische Fähigkeiten und Kenntnisse der sonderpädagogischen Arbeit. Die UN-Behindertenrechtskonvention kann nur umgesetzt werden, wenn auch das Personal an den Schulen entsprechend ausgebildet ist.

Eine Schule, die sich an den individuellen Fähigkeiten eines jeden Kindes orientiert, benötigt keine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ im Lehrer_innenberuf, sondern eine gemeinsame Ausbildung von Lehrer_innen mit einer Spezialisierung für unterschiedliche Schulstufen.

Wer die erste Staatsprüfung erfolgreich absolviert hat, muss einen Rechtsanspruch auf die zweite Phase der Lehrerausbildung haben. Diese soll sich zeitnah an das Studium anschließen.

DIE LINKE will eine klare Verpflichtung des Staates auf qualifizierte Bildung und Ausbildung der jungen Menschen durch Fachkräfte, die entsprechend dem Bedarf einzustellen sind. Dazu braucht es ein langfristig angelegtes Personalentwicklungskonzept des Landes, das Perspektiven und Chancen im hessischen Schulwesen bietet. Unterrichtsausfall und Lehrer_innenmangel gefährden Bildungsqualität ebenso wie die schlechten Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die stetig gestiegene Unterrichtsverpflichtung muss wieder reduziert werden.

Demgegenüber tritt DIE LINKE für eine echte einhundertprozentige Unterrichtsabdeckung und die Verkleinerung der Größe von Klassen und Unterrichtsgruppen um 20 % ein. Dafür sind 3.000 zusätzliche Lehrer_innenstellen nötig. Um Lehrer_innen und Schulleitungen einen Ausgleich für die seit Jahren gestiegene Arbeitsbelastung zu gewähren, sind 1.000 zusätzliche Stellen notwendig. Nach Abschluss der zusätzlichen Einstellungen wollen wir mittelfristig eine zehnprozentige Vertretungsreserve aufbauen, für die 5.500 Stellen gebraucht werden.

Bildungschancen für alle

Das Problem fehlender Chancengleichheit im Bildungssystem Deutschlands ist nicht neu. Insbesondere Kinder aus Migrantenfamilien sind häufig Opfer der frühen Auslese. Es ist kein Zufall, dass in vielen Hauptschulen die Schüler_innen mehrheitlich Migrantenkinder sind. Notwendig ist ein neues System, das der großen Zahl mehrsprachig und in verschiedenen Kulturen aufwachsender Kinder gerecht wird.

Sprachliche und kulturelle Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Bereicherung. Allen Kindern soll ein zusätzlicher herkunftssprachlicher Unterricht angeboten werden. Wir wollen ein Programm „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) auflegen, für das wir 500 neue Lehrer_innenstel-

len schaffen werden. Dazu gehört die Einlösung der gesetzlichen Bestimmungen zur Förderung von Schüler_innen mit nichtdeutscher Herkunftssprache. In der Praxis werden derzeit Nachteilsausgleiche nicht ausreichend gewährt. Alle Kinder, auch die illegalisierter Flüchtlinge, brauchen das Recht auf uneingeschränkte Schulbildung.

DIE LINKE will, dass den im Bildungs- und Sozialbereich arbeitenden Personen während der Aus- und Weiterbildung interkulturelle Kompetenzen vermittelt werden.

Wie kommen wir zu einer solchen neuen Schule?

Wir wollen grundlegende Verbesserungen für die Schulen erreichen. Das geht nicht von heute auf morgen, und es wird kosten. Wir können aber von anderen Ländern wie z.B. Finnland lernen, wie Bildung besser geht und sich finanzieren lässt, wenn man es will.

Schulen müssen die finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung erhalten, die sie für diesen Prozess brauchen. Dazu müssen die Bildungsausgaben deutlich erhöht werden. Das geht mit einer sozial gerechten Steuerreform. Das unsinnige Kooperationsverbot, das die Beteiligung des Bundes an Bildungsaufgaben der Länder verbietet, muss abgeschafft werden.

Große Reformprojekte, die über einen langen Zeitraum tragfähig sein sollen, können nicht von oben verordnet werden. Es bedarf einer gesellschaftlichen Mehrheit, die ein solches Projekt trägt.

Neue Konzepte müssen ihre Überlegenheit in der Praxis beweisen. Dafür brauchen Schulen den Freiraum, neue Wege auszuprobieren und von ihren eigenen Erfahrungen auszugehen. Längst gibt es erfolgreiche Ganztagschulen oder Schulen, die gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen anbieten. Es gibt integrierte Gesamtschulen, die Kinder aus allen sozialen Schichten zum Schulerfolg führen. In den öffentlichen Kindertagesstätten und den Grundschulen ist dies ohnehin die Regel.

An diese Erfahrungen können wir anknüpfen. Dann muss die Politik ein klares Ziel und einen klaren Zeitrahmen abstecken. Den Menschen an den Schulen vor Ort muss aber soweit wie möglich überlassen bleiben, wie sie dieses Ziel erreichen.

In einem solchen Prozess müssen die Lernenden und Eltern, die Lehrenden und Schulleiter_innen, sowie Vereine und außerschulische Bildungsträger als Partner zusammenfinden.

■ Berufsausbildung verbessern – Ausbildungsplätze schaffen

Jahr für Jahr finden hunderte hessische Schulabgänger_innen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz. Andere lassen sich aus Not in Berufen ausbilden, die sie nicht ausüben wollen. Jugendlichen ohne Ausbildung und ohne Aussicht auf eine qualifizierte, tariflich bezahlte Arbeit droht lebenslange Armut.

DIE LINKE setzt sich für eine breit angelegte Reform der Berufsausbildung ein. Auch die Berufsausbildung soll der persönlichen Entwicklung und der freien Entfaltung des Individuums dienen. Dazu gehört es, das Recht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern. Eine berufliche Orientierung muss ohne Druck und jenseits vorgegebener Bildungsschranken möglich sein. Dazu soll sich das Land Hessen im Bundesrat für die Einführung eines gesetzlichen Orientierungsjahres einsetzen.

DIE LINKE will, dass das Land Hessen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird. Darüber hinaus treten wir für eine landesweite Initiative zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ein.

Betriebe müssen in angemessenem Ausmaß (7% der Belegschaft) Ausbildungsplätze schaffen oder sich an gemeinsamen Ausbildungsverbänden beteiligen. Diese Verbände müssen wieder stärker gefördert werden. Um nichtausbildende Betriebe zur Beteiligung anzuhalten, soll das Land Hessen im Bundesrat die Einführung einer Ausbildungumlage anregen; hat dies keinen Erfolg, ist eine hessenweite Arbeitgeber-Berufsbildungumlage einzuführen. Wer nicht ausbildet, soll zahlen! Ausbildungsvergütungen müssen eine selbstständige, elternunabhängige Lebensgestaltung ermöglichen. Auf Bundesebene ist eine Mindestausbildungvergütung gesetzlich zu verankern. Die Möglichkeit der finanziellen Absicherung von Auszubildenden, die außerhalb des elterlichen Haushalts leben, ist wiederherzustellen; sie hat sich mit Einführung des SGB II drastisch verschlechtert.

Berufliche Schulen müssen zügig ausgebaut und mehr Stellen für Lehrer_innen geschaffen werden. Dadurch soll gewährleistet werden, dass alle Berufsschüler_innen mindestens an zwei Tagen pro Woche jeweils sechs Unterrichtsstunden erhalten.

Neue Qualifizierungseinrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Hilfebedarf sind in enger Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu schaffen. Betriebe werden verpflichtet, Jugendliche auszubilden, die oft gegen ihren Willen in den Werkstätten die einzige und verpflichtende Möglichkeit sahen, ihr Berufspraktikum und ihre Ausbildung zu absolvieren. Schulische Inklusion endet nicht am Rande des Schulhofs, sondern muss auch in anderen Bereichen in gleicher Weise gelten.

Das in Hessen laufende Projekt SBS (Selbstverantwortliche Berufliche Schulen) und die Umwandlung beruflicher Schulen in selbstständige Rechtsformen lehnen wir ab. Auch Berufsschulen sind keine „selbstständigen Wirtschaftsbetriebe“ und dürfen es auch nicht werden.

■ Wissenschaft und Hochschulen

Die hessischen Hochschulen sind an den Grenzen ihrer Kapazität angelangt. Der lang vorhersehbare Studierendenansturm und die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen haben zu einer massiven Verschlechterung der Studien-, Lehr- und Arbeitsbedingungen geführt. Überfüllte Hörsäle gehören zum Alltag, Seminare und Vorlesungen werden teilweise in anderen Räumlichkeiten wie Kirchen oder Kinosälen abgehalten.

Zudem herrscht Wohnungsnot unter den Studierenden. Zu Beginn jedes Semesters müssen Notunterkünfte für Studienanfänger_innen geschaffen werden, die zu Beginn ihres Studiums noch keinen Wohnplatz gefunden haben, weil es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede_r 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz.

Trotz der Unterfinanzierung und einer wachsenden Zahl von Studierenden wurde den Hochschulen durch den Hochschulpakt noch Mittel gekürzt. Die Landesregierung verschärft die Nöte der Hochschulen und treibt sie in einen künstlich erzeugten Konkurrenzkampf um die knappen Mittel.

Die von der Landesregierung viel gepriesene Autonomie an den Hochschulen kann unter diesen Bedingungen nicht stattfinden. Die Mangelverwaltung an den Hochschulen führt zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Die Beschäftigungsverhältnisse sind überwiegend befristet, Zukunftsängste und hohe Personalfuktuation sind die Folgen. Zudem werden immer mehr Lehraufgaben von Lehrkräften für besondere Aufgaben übernommen, deren wis-

senschaftliche Aufgaben eine eigene Weiterqualifikation nicht vorsehen und zeitlich auch nicht ermöglichen.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft zeigt sich auch an den Hochschulen. Die zunehmende Ausrichtung auf Verwertbarkeit und Wirtschaftsinteressen, prekäre Beschäftigung, Abbau demokratischer Strukturen und Privatisierungstendenzen prägen die Entwicklung der Hochschullandschaft. Kritische Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Hochschulen werden immer mehr an den Rand gedrängt.

DIE LINKE steht für eine grundsätzlich andere Hochschulpolitik. Statt auf Elitförderung und Wettbewerb setzen wir auf ein sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem und demokratische Hochschulstrukturen.

DIE LINKE will:

■ **Hochschulen finanziell besser ausstatten**

Die Hochschulen sind unterfinanziert, die Mittel pro Studierenden sinken seit Jahren. Das wirkt sich auf die Qualität der Ausbildung aus und führt zu Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen. Lehre und Forschung müssen ausreichend finanziert werden, deshalb muss ein neuer Hochschulpakt verhandelt werden. Wir wollen die Grundfinanzierung stärken, statt die ohnehin knappen Mittel immer stärker in den Bereich der Exzellenzinitiative des Landes und der Elitförderung umzuverteilen.

■ **Demokratisierung der Hochschulen**

Wir wollen eine lebendige demokratische Kultur an den Hochschulen statt einer Verlagerung wichtiger Entscheidungskompetenzen an die Hochschulleitungen und die demokratisch nicht legitimierten Hochschulräte. DIE LINKE will dazu eine viertelparitätische Selbstverwaltung der Hochschulen und tritt für das Recht der ASten ein, sich zu allgemeinpolitischen Fragestellungen zu äußern. Wenn durch den Autonomieprozess Entscheidungskompetenzen vom Ministerium an die Hochschulen verlagert werden, müssen diese auf die demokratisch gewählten Gremien übertragen werden. Die Hochschulräte sollen ausschließlich beratende Funktion haben und so besetzt sein, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen darin wiederfinden.

■ **Gebührenfreies Studium**

Die Studierendenbewegung in Hessen hat erreicht, dass die bereits eingeführten Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Studiengebühren vertiefen die sozialen Unterschiede. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und Studierende dürfen nicht gezwungen werden, sich schon bei der Aufnahme des Studiums hoch zu verschulden. Deshalb dürfen Studiengebühren nicht wieder eingeführt werden. Die Erhebung von Gebühren für Verwaltung und Prüfungen lehnen wir ab.

■ **Hochschulzugang erleichtern und Studienfinanzierung reformieren**

Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie Berufswahl. Dieses Recht wird aber unterlaufen, wenn immer mehr Hochschulen Zulassungsbeschränkungen erlassen. Wir wollen den Hochschulzugang erleichtern und Bildungsbarrieren abbauen. Dazu gehört auch eine Reform der Studienfinanzierung. DIE LINKE tritt für eine deutliche Erhöhung und den Ausbau des BAFÖG sowie für eine elternunabhängige Studienfinanzierung ein. Unsoziale Stipendiensysteme wie das sogenannte „Deutschlandstipendium“ lehnen wir ab.

■ **Bologna-Reform – Master für alle**

DIE LINKE lehnt die Bologna-Reform in ihrer Grundausrichtung ab. Die Umstellung auf Ba-

chelor und Master hat zu einer Entwertung eines Großteils der Hochschulabschlüsse geführt. Zudem hat der Leistungsdruck an den Hochschulen enorm zugenommen. Volle Stundenpläne und enge Prüfungsrhythmen bedeuten eine enorme Belastung für Studierende, insbesondere wenn sie nebenher arbeiten müssen. Wir wollen die Regelstudienzeit ausweiten, das Teilzeitstudium ermöglichen und die Prüfungsdichte verringern. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass jeder Bachelor-Absolvent ohne weitere Zulassungsbeschränkungen den Zugang zum Master-Studium erhält.

■ **Rüstungsforschung beenden – Zivilklauseln einführen**

Forschung und Lehre an hessischen Hochschulen muss dem Frieden verpflichtet sein, deshalb soll nur zu zivilen Zwecken geforscht werden. Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren. Sie stehen in Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen Verfassung. Immer mehr Hochschulen führen eine sogenannte Zivilklausel ein, die Rüstungsforschung verhindern soll. Wir wollen, dass eine solche Klausel auch im Hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben wird.

■ **Studentischen Wohnraum schaffen und Studentenwerke besser ausstatten**

Die Wohnraumsituation für Studierende ist katastrophal. Wohnraum ist knapp – und viel zu teuer. Daher muss das Land Hessen handeln: Mit der Schaffung von jährlich 2.000 Wohnplätzen für Studierende wollen wir schrittweise für ausreichend Wohnraum sorgen. Das Land Hessen hat jahrelang notwendige Investitionen versäumt. Neben guten Studienbedingungen brauchen Studierende auch eine gute soziale Infrastruktur. Deshalb müssen die Studierendenwerke finanziell besser ausgestattet werden und brauchen Planungssicherheit. Kinderbetreuungsangebote an Hochschulen müssen weiter ausgebaut werden, um das Studieren mit Kind zu erleichtern.

■ **Prekäre Beschäftigung an den Hochschulen verhindern**

Die Beschäftigungssituation an den Hochschulen hat sich insbesondere im Mittelbau enorm verschlechtert. Immer mehr Lehre wird von Lehrbeauftragten geleistet, die meist nur befristet beschäftigt sind. Dies führt nicht nur zu existentieller Unsicherheit; durch die hohe Lehrbelastung ist es in den allermeisten Fällen auch nicht möglich, die persönliche akademische Weiterqualifikation zu erlangen. Diese Situation wird durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz noch verschärft. Nicht nur, dass Jungwissenschaftler_innen in ihrer Beschäftigungszeit an den Hochschulen weder Zeit noch Ressourcen für die persönliche Weiterqualifikation haben, nach 6 Jahren ist ihnen eine weitere befristete Beschäftigung und somit Weiterqualifikation direkt an der Hochschule auch nicht mehr möglich. Dies hat zur Folge, dass wissenschaftlicher Nachwuchs von vorne herein nicht gefördert, sondern blockiert wird. DIE LINKE setzt sich für gute Arbeit an den Hochschulen ein. Das bedeutet in erster Linie, dass es mehr unbefristete und nach der Qualifikation entlohnte Dauerstellen geben muss.

■ **Privatisierungstendenzen stoppen**

DIE LINKE wendet sich gegen alle Formen von Privatisierung im Hochschulbereich wie beispielsweise durch das Modell der Stiftungsuniversität Frankfurt. Eine Förderung von privaten gewinnorientierten Hochschulen lehnen wir ab. Hochschulen, wie die European Business School (EBS), die hohe Studiengebühren erheben und zur sozialen Selektion beitragen, dürfen nicht durch öffentliche Mittel bezuschusst werden. DIE LINKE hat die Förderung der EBS aus Steuermitteln als einzige Partei immer konsequent abgelehnt.

■ **Forschungsförderung**

Forschung an den Hochschulen muss unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein. Deshalb lehnen wir die gesetzliche Verpflichtung der Hochschulen zur Einwerbung von Drittmitteln ab. Die Zunahme drittmittelfinanzierter Projekte führt dazu, dass kaum noch unbefristete und dauerhafte Stellen geschaffen werden. DIE LINKE tritt für eine dauerhafte und verlässliche Forschungsfinanzierung ein, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

■ **Lebenslanges Lernen ermöglichen**

In einer sich rasch ändernden Gesellschaft ist lebensbegleitendes Lernen notwendig. DIE LINKE tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und dem individuellen Wunsch nach Weiterbildung entsprochen wird. Wir wollen deshalb ein Bildungsfreistellungsgesetz für Hessen. Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im kulturellen und politischen Bereich gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist in besonderer Weise für ehrenamtlich Engagierte zu fördern. Für die wissenschaftliche Weiterbildung sind die Hochschulen zunehmend in die Verantwortung zu nehmen, um stärker als bisher aktuelles Wissen zu vermitteln und die Gesellschaft auf einen insgesamt hohen Bildungsstand zu heben. DIE LINKE will den Erhalt der Volkshochschulen und die Rückkehr zu deren Drittfinanzierung. Für die VHS-Kursleiter sind rechtlich abgesicherte und angemessen honorierte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. DIE LINKE wendet sich gegen die drastischen Kürzungen bei Weiterbildungsmaßnahmen in Hessen sowie deren ausschließliche Ausrichtung auf berufliche Verwertbarkeit.

Bezahlbare Wohnungen für alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. Weil Wohnungen immer knapper und teurer werden, brauchen wir eine aktive Wohnungspolitik des Landes und der Gemeinden. In Hessen fehlen mehrere hunderttausend bezahlbare Wohnungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet und den Universitätsstädten. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass immer mehr Menschen in Nordhessen gezwungen sind, abzuwandern, weil sie dort keine Arbeit finden. Leerstand in den Kommunen dort steht Wohnungsnot im Rhein-Main-Gebiet gegenüber. Die Städte wachsen auf Kosten der Menschen, die dort leben. Überhöhte Mieten und steigende Nebenkosten überfordern auch Normalverdienende.

■ **Umkehr beim sozialen Wohnungsbau**

Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich seit 1991 um rund 85.000 verringert. Jährlich fallen rund 3.000 Sozialwohnungen aus der Bindung, während lediglich 600 neu gebaut werden. Derzeit suchen über 40.000 berechnigte Mieter_innen eine Sozialwohnung. Die Zahl der Haushalte, die trotz Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum auf den privaten Wohnungsmarkt ausweichen müssen, liegt noch wesentlich höher.

DIE LINKE will mehr Sozialwohnungen; dazu soll der Bau von jährlich mindestens 4.000 Wohnungen durch Zinszuschüsse aus dem Landeshaushalt gefördert werden. Ein wesentliches

Augenmerk muss dabei auf der Schaffung barrierefreier und altengerechter Wohnungen liegen. Die Fehlbelegungsabgabe muss wieder eingeführt werden.

Erhalt und weiterer Ausbau öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften

Zwar konnte durch den breiten Protest, an dem auch DIE LINKE beteiligt war, der drohende Verkauf der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt an einen privaten Investor verhindert werden. Die Privatisierungen öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften sind in den letzten Jahren nichts desto trotz weiter vorangeschritten. Wohnungsbaugesellschaften wurde die Gemeinnützigkeit entzogen, das Verbot der Umwandlung von Wohnungen in Büros wurde abgeschafft. Die Folge für die Mieter_innen waren stets Verunsicherung, Mieterhöhungen und oftmals die Verdrängung aus ihren bisherigen Wohnungen. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften sind öffentliches Eigentum und dürfen nicht an private Investoren mit Profitinteressen verkauft werden. Auch die beschlossene Schuldenbremse darf hierfür keinen Vorwand liefern. Die Verantwortung für eine soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Sie ist Kernaufgabe der Landespolitik und muss dies auch bleiben. Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften sind wichtig für den Erhalt bezahlbarer Wohnungen.

■ Wohnen muss bezahlbar sein

Vor allem dort, wo Wohnungen knapp sind, sind Haushalte oftmals gezwungen, 40 bis 50 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Mieten und Nebenkosten aufzuwenden. Die wichtigste Ursache dieses Phänomens ist der Mangel an sozial gebundenen Wohnungen.

Ein weiteres Problem sind die so genannten „zweiten Mieten“, also die stark ansteigenden Nebenkosten. DIE LINKE will hier gegensteuern und die Menschen entlasten.

Die Kosten der Energiewende dürfen nicht einseitig den Mieter_innen aufgebürdet werden. Land und Kommunen müssen als Miteigentümer_innen öffentlicher Versorgungsbetriebe auf eine verantwortungsbewusste Preisgestaltung hinwirken. Zudem muss sichergestellt werden, dass Energieunternehmen bei Zahlungsunfähigkeit nicht Strom, Wasser oder Gas abschalten. DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch wird mit Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden.

Notwendige energetische Sanierungen dürfen nicht zum Anstieg der Warmmieten führen. DIE LINKE will ein Konzept zur sozialen Begleitung solcher Gebäudesanierungen und die Abschaffung der Möglichkeit, solche Investitionen komplett auf die Mieter_innen umzulegen.

Flächendeckende kostenlose Energieberatung soll für Privathaushalte angeboten werden, bei niedrigen Einkommen sind ausreichende Hilfen bei der Anschaffung von Energiespargeräten erforderlich. Kommunale Wohnraumsicherungssysteme sind auszubauen. Wohnungen, die im Besitz des Landes oder der Kommunen sind, dürfen nicht verkauft werden. Geförderte Wohnungen sind allen Berechtigten, unabhängig von ihrer Herkunft, zugänglich zu machen. Auch Arbeitslosigkeit und Verschuldung dürfen kein Ausschlussgrund sein. Wir wollen die Städte und Gemeinden verpflichten, jedem bei ihnen registrierten Sozialwohnungsberechtigten mindestens einmal jährlich ein Wohnungsangebot zu unterbreiten. Von den Trägern der sozialen Grundsicherung ist die reale und nicht die „angemessene“ Miete samt Nebenkosten so lange anzuerkennen, bis eine geeignete Ersatzwohnung tatsächlich zur Verfügung steht. Besondere

Bedürfnisse von Familien mit Kindern sowie von älteren oder behinderten Menschen müssen berücksichtigt werden. Die Landesregierung muss darauf hinwirken, dass Wohnungen im öffentlichen Besitz nicht zwangsgeräumt werden.

Ziel hessischer Wohnungspolitik muss es sein, dass kein Haushalt mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens für Miete und Mietnebenkosten aufwenden muss.

■ Eigentum verpflichtet

Um Mietwucher zu verhindern und überhöhte Mieten zu unterbinden, werden wir auf alle Kommunen einwirken, einen verbindlichen Mietspiegel zu erstellen.

Um die Umwandlung von Wohnungen in profitabler vermietbare Büros zu unterbinden, wollen wir das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum wieder einführen.

Wir wollen die gesetzlichen Möglichkeiten erweitern, um bei unangemessen lange leerstehenden Wohn- und Bürogebäuden die Immobilien unter öffentliche Verwaltung zu stellen oder zu enteignen. Bei Haus- und Wohnungsbesetzungen in solchen Gebäuden müssen sich die öffentlichen Stellen im Dialog mit den Betroffenen bemühen, eine sinnvolle legale Nutzung der Räume mit Mietverträgen zu ermöglichen.

■ Förderung studentischen Wohnraums

Die Wohnungssituation für Studierende in Hessen ist seit langem unzumutbar. Für über 215.000 Studierende stehen lediglich 15.000 Wohnheimplätze zur Verfügung. Nicht einmal jede 14. Studierende erhält einen Wohnheimplatz. Studentenwerke und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wie die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt müssen schnell finanziell in die Lage versetzt werden, allen Studierenden, die einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen wollen, geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Durch einmalige Zuschüsse für alle durch Neu- oder Umbau zur Verfügung gestellten Wohnungen für Studierende wollen wir das Angebot jährlich um 2.000 Wohneinheiten steigern. Die Zeit, in denen sich Studierende zu völlig überhöhten Preisen am freien Wohnungsmarkt versorgen oder in Notunterkünften leben müssen, muss in Hessen der Vergangenheit angehören.

DIE LINKE will:

- keinen Verkauf von Wohnungsgesellschaften;
- Begrenzung der höchstzulässigen Miete im sozialen Wohnungsbau auf 85% der örtlichen Vergleichsmiete;
- Bildung von Mieterbeiräten mit Kontrollrechten gegenüber Management und Verwaltung;
- Energiesparmodelle sind zwingend vorzuschreiben;
- einen Neueinstieg in den Sozialen Wohnungsbau durch den Bau von jährlich 4.000 neuen Sozialwohnungen mit Schwerpunkt in den Ballungsräumen;
- finanzielle Landesförderung genossenschaftlicher Mieter- und Wohnungsbaumodelle;
- 2.000 neue Studierendenwohnungen pro Jahr;
- Infrastruktur und Verkehrsanbindung, die Ghettobildung verhindert und Individualverkehr vermindert;
- intensive Förderung von integrierten Wohnprojekten für alte und behinderte Menschen.

Mehr Demokratie

■ Mehr Demokratie, Transparenz und Mitbestimmung in Hessen

Hessen braucht mehr Demokratie und Mitbestimmung statt einer Politik, die Entscheidungen mit Lobbyisten in Hinterzimmern und über die Köpfe der Betroffenen hinweg trifft. Wir wollen, dass mündige Bürger_innen ihre Belange mitentscheiden können. Volle Transparenz bei politischen Prozessen ist hierfür eine wichtige Voraussetzung. Denn schließlich ist nur bei Dingen, von denen man weiß, Mitbestimmung überhaupt möglich. Obwohl die Hessische Verfassung in Artikel 71 das Volksbegehren und den Volksentscheid als wichtigstes Mittel der Gesetzgebung vorsieht, steht Hessen bei direkter Demokratie im Vergleich ganz weit hinten. Die gesetzlichen Hürden wurden von der Regierung so hoch gelegt, dass sie landesweit unmöglich und auf kommunaler Ebene kaum übersprungen werden können. Gesetzesinitiativen der LINKEN für mehr Demokratie und Mitbestimmung, wurden von der Landesregierung rundweg abgelehnt, obwohl sie in anderen Ländern seit Jahren gute Praxis sind. Zudem weigert sich die Landesregierung ein Informationsfreiheitsgesetz zu verabschieden, ein internationaler Standard, nach dem die Verwaltung sich den Belangen der Bürgerinnen und Bürger öffnen muss.

Solange das so bleibt, wird Politik fast ausschließlich durch Regierungs- und Verwaltungshandeln bestimmt. Auf deren Entscheidungen nehmen mächtige Interessengruppen, zumeist der Wirtschaft, maßgeblichen Einfluss und die Menschen bleiben außen vor. Demokratie bleibt weiter auf das „Abgeben“ der Wählerstimme beschränkt.

DIE LINKE will:

■ Transparenz in politischen Prozessen und Entscheidungen

Ein Informationsfreiheitsgesetz muss endlich verabschiedet und das Verwaltungshandeln für die Belange der Menschen geöffnet werden. Informationsrechte und Veröffentlichungspflichten bei Entscheidungen, Verkäufen oder Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen müssen gesetzlich ebenso verbessert werden wie die Auskunfts- und Kontrollrechte der gewählten Gemeindevertreter.

■ Mehr Demokratie und Mitbestimmung für Hessen

Wir möchten die erfolgreichen bayerischen Regelungen für Bürgerbegehren und Entscheide in Hessen übernehmen und durch Fairness- und Transparenzklauseln anderer Länder verbessern. Weitere erprobte Mitbestimmungsrechte, wie Bürgeranträge und das kommunale Petitionsrecht, sollen endlich auch in hessischen Gemeinden, Städten und Kreisen zur Anwendung kommen.

■ Volksbegehren und Volksentscheide für Hessen

Wir wollen den Auftrag der Hessischen Verfassung endlich durch gesetzliche Regelungen erfüllen, die Volksbegehren und Volksentscheide ermöglichen statt verhindern. Die Hürden für Volksentscheide müssen deshalb deutlich gesenkt, die Entscheidung von der Stimmenmehrheit abhängig gemacht und eine freie Unterschriftensammlung mit längeren Fristen eingeführt werden.

■ Kommunen demokratisch gestalten

Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt. Sie brauchen stabile Einnahmen und eine bessere Finanzausstattung. Die dringende Reform des Kommunalen Finanzausgleichs darf nicht zu einer Konkurrenz um zu wenig und ständig geringer werdende Mittel werden. Anstatt an der ohnehin zu kurzen Decke zu ziehen und Mittel weiter zu kürzen, muss Kommunen wieder mehr Geld zur Verfügung stehen, damit z.B. Schwimmbäder und Bibliotheken erhalten bleiben. Durch Kommunen werden ganz wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge erbracht, für die ein zu geringer Anteil der öffentlichen Mittel zur Verfügung steht. Vor allem ländliche Regionen müssen stärker gefördert werden, damit sie wirtschaftlich und kulturell nicht abgehängt werden und nicht immer mehr Menschen diese Regionen verlassen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Rücknahme der seit 2011 stattfindenden Kürzung in Millionenhöhe bei den Mitteln im Kommunalen Finanzausgleich;
- Re-Kommunalisierung privatisierter Produktions- und Dienstleistungsbereiche, wie z.B. des öffentlichen Personennahverkehrs und der Wasser- und Energieversorgung;
- auf Landesebene diesen Prozess der Re-Kommunalisierung nicht nur rechtlich, sondern auch finanziell zu fördern;
- Streichung der sogenannten „Subsidiaritätsklausel“ in § 121 der Hessischen Gemeindeordnung, die Kommunen daran hindert, sich wirtschaftlich zu betätigen;
- Erhalt und die Ausbau kommunaler Infrastruktur (Bibliotheken, Schwimmbäder, Jugendzentren, Theater, Kinos ...)
- eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs, der nicht bloß die Verteilung, sondern auch die Höhe der vom Land zur Verfügung gestellten Mittel berücksichtigt und diese erhöht.

Kommunalpolitik berührt die Menschen unmittelbar. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen besonders gering. Das ist auch eine Folge zu geringer Entscheidungskompetenzen der Kommunen und zu wenig direkter Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort.

Der Benachteiligung der jungen Generation, von Frauen und insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund muss auch durch Erhöhung ihres Einflusses in den kommunalen Körperschaften entgegengewirkt werden.

DIE LINKE tritt dafür ein, das Kommunalwahlrecht allen Menschen ab dem 16. Lebensjahr zu ermöglichen.

DIE LINKE will:

- die Erweiterung der Rechte von Ortsbeiräten und Ausländer_innen -Vertretungen;
- die Einführung von Informations- und Rechenschaftspflicht der gewählten Mandatsträger_innen;
- den massiven Ausbau direktdemokratischer Elemente in der hessischen Kommunalverfassung sowie die Beteiligung der Einwohner_innen an der Gestaltung der kommunalen Haushalte durch die Einführung echter Bürgerhaushalte.

■ Migration und Integration

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“

(Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948)

Hessen braucht eine nachholende Integrationspolitik, die durch gezielte und unkonventionelle Maßnahmen bessere Arbeits- und Lebenschancen für Migrantinnen und Migranten eröffnet und jeder Ausgrenzung entgegentritt, damit alle Menschen am kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben in einer solidarischen und demokratischen Gesellschaft teilhaben.

DIE LINKE will:

- politische Teilhabe durch Wahlrecht in Kommune, Land und Bund für alle hier lebenden Menschen ab dem 16. Lebensjahr; nur das entspricht dem demokratischen Grundprinzip, dass alle gemeinsam lebenden Menschen auch gemeinsam ihr Schicksal bestimmen;
- soziale Teilhabe durch gleichberechtigten Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, SGB XII auch für Asylbewerber_innen und EU-Bürger_innen gewährleisten (Umsetzung der Unionsbürgerrichtlinie);
- Förderung der Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund bereits durch frühkindliche Bildungsangebote, Achtung der Herkunftssprachen und Mehrsprachigkeit an hessischen Bildungseinrichtungen sowie gezielte Ausbildungsplatzangebote;
- Erweiterung der Arbeitsmarktchancen durch gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang sowie durch Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Erweiterung des Angebots an Deutschkursen;
- Erhöhung des Anteils an Mitarbeiter_innen mit Migrationshintergrund im Landesdienst;
- flächendeckende Beratungsstruktur; Integrationsmaßnahmen müssen auch Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus offenstehen und dürfen nicht unter einem zeitlichen Befristungsdruck stehen;
- Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge mit interkultureller Kompetenz und kostenlosen Dolmetscherangeboten;
- Einrichtung einer unabhängigen Landesantidiskriminierungsstelle und eines Rechtshilfefonds;
- Erleichterung der Familienzusammenführung und der Einbürgerung etwa durch erweiterte Hinnahme der Mehrstaatigkeit (z.B. doppelte Staatsbürgerschaft), Abschaffung der Optionspflicht.

Solange es Kriege und soziale Ungleichheit gibt, wird es Flucht geben. Es ist daher falsch, mit einer repressiven Asylpolitik gegen die Flüchtlinge und nicht gegen die Ursachen der Flucht zu kämpfen. Das Asylrecht ist Teil der Menschenrechte und Ausdruck unserer politischen, humanitären und geschichtlichen Verantwortung.

DIE LINKE will:

- erleichterten Zugang der Flüchtlinge zum Arbeitsmarkt;
- zeitnaher Zugang zu Deutsch-Sprachkursen in allen Alters- und Qualifikationsstufen;
- Gewährleistung der Möglichkeit zur Ausbildung; gesicherter Aufenthaltsstatus während der Ausbildung;

- keine Diskriminierungen, Schikanen und Ausgrenzung; die Öffentliche Verwaltung muss hier Vorbildfunktion haben;
- verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen;
- Förderung der freien Beratungsstellen für Flüchtlinge und der frühen Verfahrensberatung in der Erstaufnahmestelle, sowie der Rechts- und Sozialberatung, auch durch finanzielle Unterstützung der Beratungsstellen;
- keine Zwangsunterbringung von Flüchtlingen in Massenunterkünften; stattdessen dezentrale Unterbringung in menschenwürdigen Wohnungen;
- Förderung des Zugangs von Flüchtlingen zur Gesundheitsversorgung;
- eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Residenzpflicht initiieren;
- Verbot von Abschiebungen.

Unser Ziel bleibt eine bundesweit wirksame Bleiberechtsregelung und eine stichtagsunabhängige Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge und Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus, damit Menschen, die seit vielen Jahren bei uns mit einer sogenannten Duldung leben, eine faire Chance für einen dauerhaften Aufenthalt bekommen.

In Hessen leben etwa 100.000 illegalisierte Menschen. Sie führen ihr Leben in einem rechtlosen Raum. Ihre Situation wird häufig skrupellos ausgenutzt. Sie arbeiten für Hungerlöhne ohne jede soziale Absicherung und sind von jeder Partizipation ausgeschlossen. Wir treten dafür ein, diese Menschen durch Legalisierungskampagnen aus der Illegalität zu holen.

Die medizinische Grundversorgung muss für Menschen ohne Papiere mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus durch die sofortige Streichung der Meldepflicht für Krankenhäuser, Ärzte und Beratungsstellen gewährleistet werden.

■ Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen – Linke Politik von und für Frauen

Obwohl die Gleichberechtigung der Geschlechter verfassungsrechtlich seit fast 60 Jahren garantiert ist, wurde die ungleiche Verteilung von Lebenschancen nicht aufgehoben, denn die Zuweisung in Geschlechterrollen führt oft zu Lebensentwürfen die nachteilig für Frauen sind. Die patriarchalen Strukturen und die damit verbundene traditionelle Rollenverteilung in Deutschland sind bis heute nicht abgeschafft worden, und Frauen sind immer noch in allen Bereichen des Zusammenlebens strukturell benachteiligt. Reproduktionsarbeit im Haushalt und in der Kinder-, Alten- und Krankenpflege wird überwiegend, mit viel Kraft und Zeitaufwand, von Frauen geleistet. Daraus folgt, dass Frauen trotz besserer schulischer Leistungen in den meisten Berufen schlechtere Chancen haben, eingestellt zu werden, schlechter bezahlt werden - derzeit immer noch durchschnittlich 25% schlechter als Männer - und schlechtere Aufstiegschancen haben als ihre männlichen Kollegen. Viele berufstätige Frauen haben keine existenzsichernden Einkommen. Es gibt nach wie vor „typische Frauenberufe“ und „typische Männerberufe“ - erstere in der Regel deutlich schlechter entlohnt als letztere. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienphase läuft selten glatt. Frauen sind von der Politik des Neoliberalismus und des Sozialkahltschlags besonders hart betroffen. Arbeitsplatzvernichtung sowie Abbau regulärer Beschäftigung zwingen viele Frauen in ungeschützte, niedrig entlohnte und flexible Arbeitsverhältnisse. Frauen arbeiten viel häufiger in Teilzeit oder in Minijobs und sind daher wesentlich schlechter sozial abgesichert.

DIE LINKE will die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft und tritt für die strikte Quotierung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, sowie für paritätische Gremienbesetzungen ein - im Öffentlichen Dienst, in der Politik, der Wissenschaft, der landeseigenen Unternehmen und in der privaten Wirtschaft. Wir geben keine Ruhe, bevor nicht alle politischen Mandate und öffentlichen Ämter mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Öffentliche Aufträge, die vom Land Hessen, den Landkreisen und Kommunen vergeben werden, sind mit der Auflage an Unternehmen und Betriebe zu verknüpfen, Frauen diskriminierende Strukturen abzubauen.

Alle Vorhaben und Beschlüsse von Politik und Verwaltung sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen.

Frauen- und Gleichstellungspolitik muss trotz ihrer Querschnittsfunktion auch weiterhin ein eigenständiger Politikbereich bleiben, mit entsprechenden personellen, materiellen und finanziellen Ressourcen.

Noch immer unterliegen viele Frauen und Mädchen patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und erleben Zwang und Gewalt - das Spektrum reicht von verbalen Äußerungen über körperliche Gewalt bis hin zu Vergewaltigung und Mord. Schutz vor Diskriminierung und Gewalt und das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sowie eine eigene Existenzsicherung müssen gewährleistet werden. Die Mittelkürzungen für die hessischen Frauenhäuser sind sofort zurückzunehmen.

DIE LINKE fordert die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe und die Einführung des eigenständigen Aufenthaltsrechts für Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe, Zwangsheirat oder Menschenhandel sind.

Emanzipatorische Prozesse und Gewaltprävention erfordern schon in Kindertagesstätten und Schulen Angebote zu antisexistischer Erziehung, Konfliktlösung und Kommunikation. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

Selbstverwaltete Frauenprojekte bieten vielseitige Angebote und sind als Orte der Selbstorganisation und des Erfahrungsaustausches von Frauen unverzichtbar. Sie arbeiten hochprofessionell und verfügen über eine gut vernetzte Infrastruktur. DIE LINKE will diese finanziell ausreichend ausstatten und ihnen Planungssicherheit gewähren.

DIE LINKE möchte patriarchale Strukturen abbauen und überwinden. Konkret wollen wir:

- Equal Pay: gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit; die Eingruppierungskriterien der Tarifverträge müssen so überarbeitet werden, dass Frauen nicht strukturell benachteiligt werden;
- eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit; mittelfristig soll die Wochenarbeitszeit im Vollzeitverhältnis maximal 30 Stunden betragen, damit die Arbeit im Haushalt, in der Kindererziehung und Pflege zu gleichen Teilen von Mann und Frau geleistet werden kann;
- quotierte Besetzung von Ämtern und Mandaten in allen Bereichen;
- Unternehmen, die Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit schlechter bezahlen als ihre männlichen Kollegen und Frauen keinen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen ermöglichen, müssen sanktioniert werden; hierzu wird DIE LINKE eine Bundsratsinitiative für eine Regelung nach dem erfolgreichen norwegischen Modell anregen; freiwillige Selbstverpflichtungen reichen uns nicht;

- Einführung eines Rechtsanspruchs auf Vollzeitarbeit für Teilzeitbeschäftigte;
- besondere Programme, um Frauen und Männern den Einstieg in jeweils für sie traditionell untypische Berufe zu vereinfachen;
- keine staatliche Subventionierung des überholten Familienmodells mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin;
- mehr Rechte der Kommunalen Frauenbeauftragten und der Frauenbeauftragten nach dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes;
- die Erweiterung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes auf Gesellschaften und GmbHs und bei der Vergabe öffentlicher Leistungen/Aufgaben an private Arbeitgeber_innen sowie auf alle Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst;
- Ausbau der Hilfsangebote für Gewaltopfer, Finanzierung zusätzlicher Frauenhausplätze und Einrichtung einer landesweiten Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung, damit für Vergewaltigungsoffer eine gute medizinische Betreuung gewährleistet ist und eine belastende Doppeluntersuchung vermieden werden kann;
- gendersensible Ausgestaltung medizinischer Forschung, Lehre und Behandlung, um Komplikationen und Schäden zu vermeiden; frauengesundheitliche Ansätze müssen gestärkt werden, denn Frauen sind nicht die „Abweichung von der Normalität“ (Normalität = Mann), sondern Frauen sind schlicht anders gesund und krank als Männer.

■ Für die Gleichberechtigung von Lebensweisen

Bürgerrechte müssen für alle Menschen gelten – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, sexueller Orientierung, sozialer und geographischer Herkunft, Behinderung und Religionszugehörigkeit. Nach wie vor gilt die bürgerliche Kleinfamilie mit heterosexuellen Partnern als ideale Form des Zusammenlebens. Neben diesem traditionellen Familienmodell gibt es vielfältige Lebensweisen, z.B. Zweierpartnerschaften, Singlehaushalte, Wohngemeinschaften, Kommunen, Alten-WGs mit und ohne Kinder. Wir wollen, dass alle Formen des Zusammenlebens, die auf freiwilliger Erwachsenenentscheidung beruhen und ohne Unterdrückung existieren, gleichberechtigt gefördert werden.

Zur rechtlichen Gleichstellung und gesellschaftlichen Akzeptanz der Vielfalt der Lebensweisen gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung von homosexuellen eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern. Bisher sind Ehe und Lebenspartnerschaft in den Pflichten (z.B. gegenseitige Unterhaltungspflichten) gleichgestellt, die eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartner werden aber in vielen Bereichen, etwa im Steuerrecht, im Adoptionsrecht und in der Sozialversicherung weiter benachteiligt.

DIE LINKE. Hessen setzt sich für diejenigen ein, die die Norm der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität durchbrechen möchten.

DIE LINKE will daher:

- die rechtliche Gleichstellung aller Lebensweisen; Menschen, die anders als die gesellschaftliche Norm leben oder lieben, müssen vor Diskriminierung geschützt werden;
- die Abschaffung des Transsexuellengesetzes, das bisher schon in mehreren Punkten für verfassungswidrig erklärt worden ist; statt der dort vorgeschriebenen meist sehr lange dauernden Gerichtsverfahren mit mehreren teuren oft menschenverachtenden Begutach-

tungen soll eine Vornamens- und Personenstandsänderung für Transgender über ein moderneres Namens- und Personenstandsrecht ermöglicht werden;

- Operationen an Intersexuellen Kindern zum Zweck einer eindeutigen Geschlechtszuweisung müssen verboten werden; medizinische Behandlungen, mit dem Ziel eine körperliche Geschlechtseindeutigkeit zu schaffen, sollen zukünftig nur dann straffrei durchgeführt werden dürfen, wenn Intersexuelle selbst von sich aus diese medizinische Behandlung wünschen.

■ **Nicht länger wegschauen: Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen!**

Die Finanz- und Staatenkrise destabilisiert die europäischen Gesellschaften. Rechtspopulistische und rechtsradikale Strömungen und Parteien nutzen die Ängste und Wut der Bevölkerungen aus. Sie greifen bestehende Ressentiments und anti-europäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. In vielen europäischen Staaten üben Neo-Faschisten bereits einen hohen politischen und alltäglichen Druck aus.

Deutschland hat ein tief reichendes Problem mit Faschismus und Rassismus. Jahrelang konnten Nazi-Terroristen unbehelligt morden, Banken überfallen und Bombenanschläge verüben. Zehn Tote und Dutzende Verletzte gehen auf das Konto des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), der sich scheinbar völlig frei in Deutschland bewegte. In Hessen war ein Mitarbeiter des Geheimdienstes bei einem NSU-Mord sogar unmittelbar am Tatort und meldete sich dennoch nicht bei der Polizei. Die Hessen-CDU befeuert immer wieder rassistische Vorurteile und gerät durch Verbindungen zur rechten Szene in die Schlagzeilen. Wir erinnern an die rassistischen Wahlkämpfe von Roland Koch und die Aussagen des Stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jürgen Irmer, die vor allem bei NPD-Anhängern höchsten Zuspruch finden. Wir erinnern an die Sympathiebekundung eines CDU-Funktionärs in Kassel für die Verbrechen des NSU und an die Verbindungen von CDU-Funktionären zu reaktionären Burschenschaften oder der sogenannten „Neuen Rechten“. Wir fragen, warum die Gefahr durch militante Kameradschaften politisch immer herunter gespielt wird.

DIE LINKE will:

- Einsatz für ein Europa der Solidarität, des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit
Europas Zukunft liegt in mehr Demokratie und Ausgleich, statt weniger. Wir wollen die europäischen Institutionen demokratisieren und die undemokratische Machtstruktur von Banken und Konzernen brechen. Mehr soziale Gerechtigkeit ist bei entschlossener Bekämpfung der Steuerflucht von Superreichen in ganz Europa möglich. Statt die „Festung Europa“ durch Kriegsführung, Rüstungsexporte und das menschenverachtende Frontex-Regime auszubauen, muss Europa endlich eine friedliche und solidarische Außenpolitik einleiten und zu einem humanen Umgang mit Flüchtlingen finden.
- Öffentliche Aufklärung und politische Konsequenzen bei den NSU-Morden
Die Rolle des Verfassungsschutzes und des damaligen Innenministers Bouffier erfordert Aufklärung und Konsequenzen. Die Behörden in Hessen und Thüringen, die auch personell auf das engste miteinander verbunden waren, haben entweder völlig versagt oder aktiv weggeschaut. Eine Neuausrichtung ist unumgänglich.

■ Kampf gegen Faschismus und Rassismus

In Hessen müssen die Probleme endlich beim Namen genannt und angegangen werden. Wir brauchen ein eigenes Landesprogramm gegen Rassismus, der zum Teil tief in den Köpfen und Amtsstuben verankert ist. Politisch gewollte Kriminalisierung der Antifa-Initiativen und Beratungsstellen, beispielsweise durch die Extremismusklausel der CDU-Bundesministerin Schröder, muss beendet werden. Wir wollen der Perspektivlosigkeit von „Abgehängten“ begegnen, damit sie nicht für Neonazis und Fundamentalisten ansprechbar werden. Und wir müssen endlich mehr zur Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln beitragen, um gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden.

- die Aufnahme des Themas gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Lehrplan hessischer Schulen; in diesem Zusammenhang auch: Sensibilisierung der Schüler_innen für Fluchtursachen.

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung und konsequente Bekämpfung aller Formen von Rassismus in unserer Gesellschaft ist für DIE LINKE selbstverständlich.

■ Landesgeheimdienst abschaffen

Unter dem Namen „Verfassungsschutz“ treibt der hessische Landesgeheimdienst sein Unwesen. Bei der Bekämpfung der neofaschistischen Terrorgruppe NSU, die zehn Morde beging, blieb der „Verfassungsschutz“ nicht nur tatenlos, sondern behinderte sogar die Ermittlungen. Dafür beobachtet er die demokratische politische Opposition und gibt alljährlich Berichte heraus, in denen der Kern unserer Verfassung entstellt und unliebsame Auffassungen der Opposition, die auch im Landtag vertreten ist, als verfassungsfeindlich denunziert und diffamiert werden. Der Geheimdienst ist weder parlamentarisch noch öffentlich kontrollierbar, weil er selbst darüber entscheidet, welche Informationen dem parlamentarischen Kontrollorgan übermittelt werden. Überdies sind die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission selbst der Geheimhaltung unterworfen, so dass aus der Kontrolle und gegebenenfalls erlangten Informationen keine weiteren Handlungsmaßnahmen beispielsweise durch das Parlament eingeleitet werden können.

DIE LINKE will deshalb den Geheimdienst abschaffen. An dessen Stelle soll eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und Demokratie ohne nachrichtendienstliche Befugnisse errichtet werden. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung über neonazistische und andere gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten in Hessen sein.

■ Bürgerrechte schützen und ausbauen

Im Mittelpunkt der Debatte um die „Innere Sicherheit“ steht auch in Hessen die Gefährdung durch den „Terrorismus“. Persönliche Freiheitsrechte, die den einzelnen Bürger vor staatlichen Übergriffen schützen, sollen unter dem völlig unbestimmten Begriff der „Gefahrenabwehr“ massiv eingeschränkt werden. Schleierfahndung, Internetüberwachung mit „Staatstrojanern“, Vorratsdatenspeicherung, verdachtsunabhängige Kontrollen, Erfassung von Kfz-Kennzeichen sind die Stichworte.

DIE LINKE lehnt alle Versuche entschieden ab, unter dem Vorwand, die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen, Freiheiten zu beschneiden.

Das Land Hessen investiert hohe Summen in neue Gerichtsgebäude, gleichzeitig werden Richterstellen abgebaut. Gerichtsstandorte wurden geschlossen und den rechtssuchenden Bürger_innen weite Wege zugemutet. Vor allem die Arbeits- und Sozialrichter_innen sind aufgrund des desolaten Zustandes auf dem Arbeitsmarkt und der Hartz IV-Gesetze einer kaum zu bewältigenden Prozessflut ausgesetzt.

Für eine demokratische Gesellschaft ist der uneingeschränkte Zugang zu Informationen unabdingbar. Eine transparente Verwaltung ist Voraussetzung für die effektive Wahrnehmung demokratischer Bürgerrechte. Nur dann können Bürger_innen an staatlichen Entscheidungsprozessen teilhaben und diese mit gestalten.

In Hessen macht der neoliberale Privatisierungswahn nicht einmal vor den Strafanstalten halt. Eine Teilprivatisierung von Gefängnissen wie beispielsweise in Hünfeld, lehnen wir ab. Strafverfolgung und Strafvollzug müssen Aufgabe des Staates bleiben.

DIE LINKE will:

- mehr Richter- und Richterinnenstellen an den hessischen Arbeits- und Sozialgerichten;
- Kostenfreiheit des Widerspruchsverfahrens und des Anhörungsverfahrens bei Anfechtungen von Bescheiden der öffentlichen Verwaltung nach der alten Regelung;
- gesetzlich geregelten freien Zugang von Bürger_innen zu Informationen öffentlicher Stellen;
- Rücknahme und Stopp aller Privatisierungen im hessischen Strafvollzug;
- konsequente Umsetzung des Resozialisierungsziels im hessischen Strafvollzug;
- eindeutige Einhaltung des grundsätzlichen Folterverbots.

■ **Datenschutz und Netzpolitik**

Durch neue Medien und verstärkte Nutzung des Internets ergeben sich neue Chancen auf freie, unzensurierte Information und Diskussion, aber auch ernste Gefahren für die Freiheit des Einzelnen. Die neue Technik ermöglicht Konzernen und Geheimdiensten, aber auch Behörden oder Arbeitgebern, die totale Überwachung und die Schaffung des gläsernen Bürgers.

Umso wichtiger wird der Schutz der Privatsphäre. Auch das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit in seinem Volkszählungsurteil von 1983 anerkannt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung formuliert.

Bundes- und Landesregierung ignorieren jedoch dieses Urteil zunehmend. Sie tun nichts für eine Stärkung der Kontrolle der Bürger_innen über die Speicherung und Nutzung ihrer persönlichen Daten. Im Gegenteil betreiben sie unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung die totale Überwachung von Telefon, Internet und E-Mail. Teilweise offen fordern Politiker_innen die Abschaffung von im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechten. Außerdem droht aus europäischer Gesetzgebung eine Aufweichung des Datenschutzes.

Demgegenüber hat DIE LINKE auch in der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte erkannt, dass die freie Entwicklung jedes und jeder Einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit Aller ist. Einschränkungen von Freiheitsrechten, Privatsphäre oder von Datenschutz schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern sind längst eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als Terrorismus und Kriminalität. Wir verteidigen aktiv die durch Grundgesetz und Volkszählungsurteil garantierte Selbstbestimmung der und des Einzelnen.

DIE LINKE will:

- Rechtsmittel gegen die EU-Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung; Gesetzesinitiativen im Bundesrat gegen den Überwachungsstaat;
- Anwendung des Briefgeheimnisses auf elektronische Kommunikation: Die Sammlung von persönlichen Kommunikationsdaten jeder Art durch Polizei und Behörden ist grundsätzlich nur in Einzelfällen aufgrund eines richterlichen Beschlusses zulässig;
- Einführung eines Anspruches aller Bürger auf kostenlose Auskunft und Korrektur und gegebenenfalls Löschung von Daten gegenüber den Betreibern zentraler Datenbanken;
- Stärkung und erleichterte Durchführung des Auskunftsrechts gegenüber Behörden und staatlichen Organen;
- Förderung von Anonymisierungsdiensten im Internet; Aufhebung der Anonymisierung nur nach richterlicher Anordnung;
- mit Steuergeldern erstellte Daten und Medien müssen grundsätzlich allen Bürger_innen kostenlos zur nichtkommerziellen Nutzung zur Verfügung stehen;
- Stärkung der Rechte von Datenschutzbeauftragten und ihrer Unabhängigkeit gegenüber Weisungen;
- Schluss mit der Kriminalisierung von File-Sharing-Netzwerken und Tauschbörsen; Stärkung des freien Informationsaustausches und des Rechts auf Privatkopie; gleichzeitig besserer Schutz von Autoren_innen, Künstler_innen und Programmierer_innen gegen Niedriglöhne und kommerzielle Ausbeutung durch Medienkonzerne und Auftraggeber;
- Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet gegen ausufernde Abmahnungen und Unterlassungsklagen durch finanzstarke Konzerne und Interessenverbände.

Wirtschaft, die den Menschen dient – Öffentlichen Sektor stärken

Der Anteil des öffentlichen Sektors an der Wirtschaft in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken. Kürzungspolitik, Stellenabbau, zunehmendes Outsourcing und Privatisierungen sind die Ursachen dafür. Erfahrungen mit Privatisierungen zeigen allerorts, dass sich die Versprechen nicht erfüllen, Dienstleistungen würden besser und billiger. Im Gegenteil, Privatisierungen führen zu Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen. Die Landesregierung fährt einen Konfrontationskurs gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Für die Beschäftigten in der Hessischen Landesverwaltung bedeutet die Privatisierungspolitik der Landesregierung den permanenten Abbau von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen ist mit Hinweis auf die Schuldenbremse vorgesehen.

DIE LINKE will stattdessen einen sinnvollen Ausbau eines demokratisch strukturierten öffentlichen Sektors. Sozial-, Gesundheits-, Umwelt- und Versorgungsangebote sowie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit müssen ausgebaut werden. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger muss qualifiziert und in angemessener Zeit Rechnung getragen werden.

DIE LINKE will:

■ **Privatisierungen stoppen**

Die Privatisierungspolitik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung. DIE LINKE lehnt die Privatisierung von hoheitlichen Aufgaben und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich ab. Jede Privatisierung, auch die bloße Überführung in private Rechtsform (z. B. GmbH oder gGmbH) bedeutet auch einen Abbau von Demokratie, weil demokratisch gewählte Parlamente keinen Einfluss mehr auf die Tätigkeit der privatisierten Einrichtung haben. Öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. In Hessen hat sich die Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg als ein Anschlag auf die Gesundheitsversorgung erwiesen. Im Interesse von Bevölkerung und Beschäftigten, muss ein Rückkauf erfolgen.

■ **Rekommunalisierungen fördern**

Auch auf kommunaler Ebene gab es in den letzten Jahrzehnten eine Privatisierungswelle. DIE LINKE will die Kompetenzstelle PPP (Public-Private-Partnership) in der Staatskanzlei auflösen und durch eine „Kompetenzstelle Rekommunalisierung“ ersetzen, die die Kommunen fachlich und rechtlich unterstützt, kommunale Infrastruktur wieder in die öffentliche Hand zu überführen.

■ **Öffentlichen Dienst demokratisieren**

Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Personalräte wurden von den CDU-geführten Landesregierungen der letzten Jahre massiv beschnitten. DIE LINKE setzt sich für eine vollständige Wiederherstellung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Personalräte ein.

■ **Öffentlichen Dienst ausbauen**

DIE LINKE will den Öffentlichen Dienst und öffentliche Dienstleistungen ausbauen. Der Wiedereintritt des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder würde die Schaffung von rund 5.000 Stellen nach sich ziehen. Um Schulen und andere Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge besser auszustatten, müssen weitere rund 16.000 Stellen im Öffentlichen Dienst eingerichtet werden. Damit will DIE LINKE die soziale Infrastruktur verbessern, das Bildungssystem ausbauen und einen Beitrag zu Umwelt- und Ressourcenschutz leisten. Zudem muss die Ausbildungsquote im Öffentlichen Dienst deutlich erhöht werden. Die Einführung von „Beschäftigten zweiter Klasse“ wie bei angelernten Hilfskräften im Schuldienst und im Bereitschaftsdienst der Polizei, lehnt DIE LINKE ab.

■ **Keine Privatisierung der hessischen Sparkassen**

Die in öffentlich-rechtlicher Gewährsträgerschaft geführten Sparkassen dienen insbesondere in ländlichen Gebieten der Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen. Darüber hinaus haben sie den Auftrag, mit Krediten an ortsansässige Unternehmen und Handwerksbetriebe zur regionalen Mittelstandsförderung beizutragen. Anders als private Banken sind sie dem Gemeinwohl verpflichtet. FDP, GRÜNE und CDU haben im Herbst 2008 gemeinsam die Möglichkeit eröffnet, hessische Sparkassen in Stiftungen umzuwandeln. Diese Gesetzesänderungen erhöhen die Gefahr, dass die regional verbundenen Sparkassen sich von ihrem bisherigen Geschäftsmodell verabschieden, rechtlich privaten Finanzinstituten gleichgestellt und durch Großbanken oder Investmentgesellschaften aufgekauft werden. Damit würden sie ihre Eigenständigkeit verlieren und das Prinzip der Gemeinnützigkeit aufgeben. Diese Novellierungen des Sparkassengesetzes, die gegen den erklärten Willen der Sparkassen, Städte und Gemeinden sowie der Beschäftigten durch-

gedrückt wurden, müssen revidiert werden. DIE LINKE lehnt eine Privatisierung der hessischen Sparkassen strikt ab. Wir wollen den Einfluss der Kommunen auf die Sparkassen erhalten. Darüber hinaus ist gesetzlich festzuschreiben, dass die Dispozinsen bei Sparkassen maximal 5% über dem EZB-Leitzins liegen dürfen. Derzeit werden nicht einmal 10% der von Sparkassen erwirtschafteten Gewinne an ihre Träger, die Kommunen, ausgeschüttet, obwohl die Haushaltslage in vielen hessischen Kommunen angespannt ist. Das wollen wir ändern.

■ **Wirtschaft, die den Menschen dient**

Landes- und Bundesregierung verfolgen eine einseitig auf Export orientierte Strategie in der Wirtschaftspolitik. Die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung war darauf ausgerichtet, Löhne und das allgemeine Einkommensniveau der Bevölkerung zu senken sowie die Einnahmesituation von Unternehmen und Wohlhabenden zu verbessern. Sie zielte bewusst auf die Umverteilung von unten nach oben, um der deutschen Exportwirtschaft Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und das Investitionsklima zu verbessern. Die Ergebnisse dieser Strategie sind sinkende Reallöhne, Ansteigen der Armut und Schwächung der Binnenkonjunktur. Normalarbeitsverhältnisse, von denen Beschäftigte ihren Lebensunterhalt auskömmlich sichern und ihre Familien ernähren können, werden durch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit verdrängt. Die wirtschaftliche Dynamik hat derweil nicht zugenommen. Und international sind durch die rücksichtslose Förderung der deutschen Exportindustrie dramatische Ungleichgewichte entstanden, die in der Euro-Krise sichtbar werden. DIE LINKE will keine marktconforme Demokratie, sondern eine Wirtschaft, die dem Wohl der Menschen verpflichtet ist.

DIE LINKE will:

■ **Demokratisierung der Wirtschaft**

Wir wollen die Gründung und Arbeit von Genossenschaften und den Einfluss der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben fördern. Deshalb setzen wir uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, damit Kommunen wie in allen anderen Bundesländern wieder das volle Recht erhalten, sich wirtschaftlich zu betätigen. Um die Mitbestimmung und Interessenvertretung der Beschäftigten zu stärken und die Gründung von Betriebsräten zu unterstützen, wollen wir eine Hessische Arbeitnehmerkammer einrichten, die Beschäftigte bei der Wahrnehmung ihrer Rechte berät, allgemeine Rechtsberatung und politische Bildungsveranstaltungen anbietet und dem Landtag einen jährlichen Bericht zur Lage der lohnabhängig Beschäftigten und ihrer Familien vorlegt.

■ **Wirtschaftsförderung neu ausrichten**

Die Wirtschaftsförderung des Landes muss neu ausgerichtet und stärker sozialen Zielen und dem Erhalt von Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Bei Insolvenzen und Massenentlassungen muss die Landesregierung aktiv eingreifen.

- Den Einsatz öffentlicher Gelder zum Erhalt von Arbeitsplätzen verbindet die LINKE dabei mit der Eigentumsfrage. Es ist nicht einzusehen, weshalb öffentliche Gelder zur Absicherung privater Profite eingesetzt werden sollten.
- DIE LINKE will ein Programm, das Belegschaftsübernahmen fördert und unterstützt. Zudem sollen die Förderrichtlinien der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) überarbeitet werden. Unternehmen, die Lohndumping betreiben oder Umweltstandards

unterlaufen, dürfen keine öffentliche Förderung bekommen. Die monetäre und nicht-monetäre Wirtschaftsförderung in Hessen wollen wir wieder zusammenführen.

■ **Kleine und mittelständische Unternehmen**

Wir wollen kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften fördern und stärken. Aufträge der öffentlichen Hand wollen wir nach einem Vergabegesetz erteilen, das die Aufteilung der Aufträge in Teillose vorschreibt, die KMU leisten können. Wir setzen uns für die Aufhebung der Zwangsgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern ein, um den KMU größere Unabhängigkeit von den IHKn und den Großunternehmen zu erlauben. Die Energiewende birgt große Chancen für das Handwerk in Hessen, wenn sie endlich konsequent vorangetrieben und gefördert wird. Gleiches gilt für die Reparatur- und Modernisierungsoffensive, die wir vorschlagen, um Energie- und Ressourcenverbrauch von Haushalten, Behörden und Unternehmen zu verringern.

■ **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

DIE LINKE will regionale Wirtschaftskreisläufe und die lokale Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir die dezentrale Versorgung gerade außerhalb der Ballungsräume erhalten und ausbauen. Örtliche und regionale Produktions- und Konsumgenossenschaften sowie Initiativen, um die Nahversorgung mit Lebensmitteln aufrechtzuerhalten, sollten vom Land unterstützt werden. Erhalt und Ausbau öffentlicher Infrastruktur einschließlich Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Bürgerämtern und des öffentlichen Personenverkehrs spielen hier eine wichtige Rolle. So können Arbeitsplätze vor Ort gesichert und geschaffen sowie Verkehrswege reduziert werden.

■ **Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität**

In der Bundesrepublik Deutschland sind laut BKA-Statistik nur 1,7 % aller registrierten Straftaten Wirtschaftsdelikte. Aber auf diese 1,7% entfallen rund 60% des insgesamt durch Kriminalität angerichteten materiellen Schadens.

- Mitbestimmungsrechte und Wirtschaftsstrafgesetze müssen im Interesse wirksamer Kontrollen gegen Wirtschaftskriminalität weiterentwickelt werden. Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Wirtschaftsstrafkammern und die Steuerfahndung der Finanzämter brauchen die notwendige Unabhängigkeit sowie die erforderliche materielle und personelle Ausstattung. DIE LINKE unterstützt die Forderung der Initiativen gegen Wirtschaftskriminalität nach Bildung von Kapitalkontrollräten an allen größeren Finanzstandorten als Sammel- und Anlaufstellen für Informationen über Wirtschaftskriminalität und für wirksamen Zeugenschutz.

■ **Verbraucher_innenschutz**

Ob beim Kauf von Lebensmitteln, als Fahrgast, als Kunde von Telekommunikationsdienstleistungen, im Internet, als Stromkunde oder als Finanzanleger - überall stehen den Interessen der Verbraucher_innen Interessen von Unternehmen gegenüber. Wir sind mit handfesten Lebensmittelskandalen, aggressiven Werbestrategien und unlauteren Geschäftspraktiken konfrontiert. In Hessen hat es im Jahr 2010 für den Verbraucherschutz Zuwendungen in Höhe von 0,29 Euro pro Einwohner_in gegeben. Damit schneidet Hessen im Ländervergleich laut Verbraucherschutzindex schlecht ab: Schulnote 4 auf Platz 11 unter 16 Bundesländern.

Unter einem wirksamen Verbraucher_innenschutz versteht DIE LINKE, dass Produkte sowie Dienstleistungen verständlich gekennzeichnet sind. Alle Menschen müssen überall Zugang

zu Beratungs- und Informationsangeboten haben; und Regelungen, die die Verbraucher_innen schützen, müssen von den zuständigen staatlichen Stellen auch wirksam kontrolliert und durchgesetzt werden. Verbraucher_innenschutz schließt eine Orientierung auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit ein.

Dafür wollen wir auf Bundesebene:

- Verbraucherrechte – individuelle wie kollektive – stärken;
- unternehmerisches Handeln wirksam regulieren – z.B. durch Kennzeichnungspflichten, Herkunftsnachweise oder Verbote gefährlicher Stoffe.

auf Landesebene:

- selbstbewusste, finanziell und rechtlich gut ausgestattete Verbraucher_innenorganisationen und -verbände. Wir wollen die Zuwendungen für die Verbraucherschutzorganisationen in Hessen auf einen Euro pro Einwohner_in im Jahr anheben;
- handlungsfähige und gut ausgestattete staatliche Kontrollbehörden, die verpflichtet sind, ihre Kontrollergebnisse verständlich öffentlich zugänglich zu machen; insbesondere die Stellen für Lebensmittelkontrolleure in Hessen wollen wir aufstocken;
- der gesamte Weg von Tieren von der Aufzucht bis zum Produkt ist durch einen Herkunftsnachweis zu dokumentieren; es dürfen keine gentechnisch veränderten Futtermittel auf den Markt und es muss eine mengenunabhängige Kennzeichnungspflicht von Zusatzstoffen in Lebensmitteln geben;
- zum Verbraucher_innenschutz gehört der Schutz vor gefährlichen Chemikalien in Produkten ebenso wie die Aufklärung über den geplanten Verschleiß von Gütern, die im Verbraucher_inneninteresse länger benutzt werden könnten;
- mit einem Pilotprogramm aus Landesmitteln wollen wir gezielt Handwerksbetriebe fördern, die Güter reparieren und für einen langjährigen Gebrauch in Stand halten.

Energiewende, Verkehr, Umwelt: ökologisch UND sozial!

■ Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

Eine klimaschonende, Arbeitsplätze schaffende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung mit Energie zählt zu den zentralen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. DIE LINKE setzt sich konsequent für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die Energiewende und der Klimaschutz sind keine Fragen des technisch Machbaren, sondern des politischen Willens.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, auf die sich Deutschland international verpflichtet hat, muss der Anteil des Kohlendioxid ausstoßes pro erzeugter Kilowattstunde drastisch reduziert werden. Dies kann nur durch den Einsatz energieeffizienter Technik und Stromproduktion mittels erneuerbarer Energien gelingen. Auf Landes- wie auf Bundesebene torpedieren CDU und FDP wichtige Projekte wie den Ausbau der Windkraft oder das Erneuerbare Energiegesetz. CDU und FDP haben auch in Hessen im Hinblick auf die Energiewende außer Showveranstaltungen bisher wenig geleistet. Die ohnehin mageren Ergebnisse des „Energiegipfels“ wurden bisher nicht umgesetzt.

In den letzten Jahren gab es zwei große Fortschritte in Hessen: Die bundesweit ältesten AKW-Blöcke in Biblis sind endgültig vom Netz und der Bau des Steinkohleblocks Staudinger 6 ist vom Tisch. Dies ist allerdingst nicht Verdienst der Landesregierung, sondern wurde durch den Druck politischer Bewegungen erzielt.

Beim Ausbau erneuerbarer Energien hinkt Hessen weiter hinterher. Hessen ist mit einem Anteil von 9% erneuerbarer Energien an der Stromproduktion Schlusslicht in Deutschland, während der Bundesdurchschnitt bei 25% liegt. DIE LINKE nimmt den Klimaschutz und damit den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ernst und setzt sich entschieden für eine schnelle und bezahlbare Energiewende ein.

DIE LINKE will:

■ **Energiewende zügig umsetzen**

Für den Klimaschutz und für dauerhaft bezahlbare Energiepreise muss der Anteil fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch drastisch gesenkt werden. Eine hundertprozentige Stromversorgung Hessens durch erneuerbare Energien ist möglich. Bis 2050 ist dies auch für den Verkehr und den Wärmebedarf zu schaffen. Für Hessen liegen die Schwerpunkte bei der Nutzung von Windenergie, Wasser und Biomasse aus Abfällen oder nachhaltigem Anbau. Es darf zu keiner preistreibenden Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion in der Landwirtschaft kommen.

Eine großräumige Vernetzung der verschiedenen regenerativen Energiequellen gleicht die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne aus, garantiert eine hohe Versorgungssicherheit sowie niedrige Preise und schafft gleichzeitig neue, zukunftssichere Arbeitsplätze.

■ **Oligopolstrukturen beseitigen – Große Vier entmachten**

Die vier großen Konzerne RWE, E.ON, Vattenfall Europa und EnBW verfügen über 80% der Kraftwerke und einen großen Teil der Stromnetze in Deutschland. Dieses Oligopol bestimmt die Art der Energieerzeugung und ist für die hohen Preise verantwortlich. Deshalb muss die bestehende Monopolstruktur aufgebrochen und deren Stromerzeugung und -verteilung in öffentliches Eigentum überführt werden. Das erst ermöglicht den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und gleichzeitig Kontrolle über eine soziale Preisgestaltung.

■ **Energiewirtschaft demokratisieren – dezentralisieren – kommunalisieren**

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist gleichzeitig der Einstieg in eine stärkere Dezentralisierung der Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Überführung der Energiewirtschaft in öffentliches Eigentum und sieht die hessischen Gemeinden als wichtige Akteure der Energiepolitik an. Ihre Möglichkeiten, eine aktive Rolle beim Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung zu spielen, wollen wir stärken. Dazu wollen wir ihr volles Recht auf wirtschaftliche Eigenbetätigung wieder in der Hessischen Gemeindeordnung verankern. Privatisierte Stadtwerke müssen wieder in den Besitz der Gemeinden überführt werden. Auch genossenschaftliche Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energien wollen wir fördern und unterstützen.

■ **Entscheidungsprozesse demokratisieren – Bürgerbeteiligung**

Mit der Energiewende sind weitreichende Veränderungen im Energie- und Planungsrecht, der Landnutzung, aber auch im Alltag der Menschen verbunden. Auch hier heißt es, auf al-

len Ebenen mehr Demokratie wagen. Damit kann die lokale Akzeptanz für den Ausbau von Anlagen und Netzen verbessert werden.

■ **Energiepreise**

Die Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden. In den letzten Jahren sind die Energiekosten erheblich gestiegen. Um diese Entwicklung zu stoppen, will DIE LINKE die Wiedereinführung einer staatlichen Strompreiskontrolle.

- DIE LINKE setzt sich für eine neue Tarifstruktur ein. Ein Grundverbrauch an Strom soll mit der Grundgebühr abgegolten sein. So wird ein sparsamer Umgang mit Energie belohnt. Erst bei höherem Stromverbrauch werden die Kosten entsprechend dem Verbrauch belastet. Bis zur Durchsetzung dieser Reform können Sozialtarife bei Strom, Wasser und Gas eingeführt werden.

■ **Energetische Sanierung voranbringen**

Energetische Sanierung des Gebäudebestandes birgt ein großes Potential zur Einsparung von Energie. Die Landesregierung will die energetische Sanierungsquote von derzeit 0,75% auf 2-3% jährlich erhöhen, stellt aber keine Mittel dafür bereit. Die Kosten für die energetische Sanierung dürfen nicht allein auf Mieter_innen abgewälzt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass diese Kosten zu je einem Drittel von Vermietern, Mietern und öffentlichen Mitteln finanziert werden.

■ **Forschung fördern**

Insbesondere im Bereich der Speichertechnologien besteht ein erheblicher Forschungsbedarf. Durch eine verbesserte öffentliche Forschungsförderung kann die Energiewende beschleunigt werden.

■ **Fracking**

In Hessen hat ein Wettlauf um neue Erdgasquellen begonnen. Große Energiekonzerne haben bereits begonnen, sogenannte Claims abzustecken, um ‚unkonventionelles‘ Erdgas zu fördern. Diese Gasvorkommen können nur durch die Fördermethode des Hydraulic Fracturings, kurz Fracking, erschlossen werden. Fracking ist mit großen Risiken für die Bevölkerung und die Umwelt, vor allem für unser Trinkwasser, verbunden. Der Frac-Flüssigkeit werden hochgiftige Chemikalien beigemischt, die das Oberflächen- und Grundwasser unwiederbringlich verschmutzen können. Auch radioaktive Substanzen und giftige Stoffe wie Arsen und Quecksilber können bei der Erdgasförderung austreten.

In naher Zukunft bleibt Erdgas ein wichtiger Energieträger. Die Förderung der erneuerbaren Energien und die Effizienzsteigerung bei der Nutzung von Erdgas, insbesondere durch die energetische Gebäudesanierung, würden die risikoreiche Gasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten mit Hilfe von Fracking in Deutschland aber komplett überflüssig machen. Wenigstens fünf Jahre braucht es von der Antragstellung bis zum Beginn einer Gasförderung. In dieser Zeit ließen sich viele Gebäude sanieren und risikoarm und klimafreundlich beheizen. Doch die Hessische Landes- und die Bundesregierung verhalten sich so, als hätten sie eine Energiewende nie beschlossen.

DIE LINKE will:

- ein bundesweites Verbot von Fracking. Der Schutz von Grund- und Oberflächengewässern hat oberste Priorität;

- eine umfassende Reform des Bergrechts, um bei der Erdgasförderung demokratische Mitentscheidungsrechte zu sichern und den Interessen von Umwelt und Menschen Vorrang vor Wirtschaftsinteressen einzuräumen;
- einen wirksamen Wasser- und Umweltschutz im Bergbau.

■ Verkehr sozial und ökologisch gestalten

ÖPNV ausbauen - Verkehrswende für Hessen

Mobilität ist wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr verursacht aber auch erhebliche Umweltbelastungen. Feinstäube, Emission von Treibhausgasen Verkehrslärm führen zu Gesundheitsschäden. Verkehr macht einen großen Teil des Energieverbrauchs in Hessen aus, ohne eine Verkehrswende wird sich die Energiewende in Hessen nicht umsetzen lassen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) stellt nicht nur die ressourcenschonendste Verkehrsart dar, er ist Arbeitgeber für Tausende Menschen in Hessen. Gerade diese Menschen haben in den vergangenen Jahren erleben müssen, wie die Politik der Landesregierung ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert hat. Der ÖPNV ist zum Stiefkind der schwarz-gelben Verkehrspolitik geworden. Während der Ausbau des Straßen- und Luftverkehrs massiv vorangetrieben wird, ist der ÖPNV in Hessen chronisch unterfinanziert. Aufgrund fehlender finanzieller Mittel werden auf vielen regionalen Bahnstrecken die Zugtaktung gestreckt, wichtige Verkehrsprojekte verschoben und Bahnstrecken stillgelegt.

Der Versuch, im hessischen ÖPNV zwangsweise Ausschreibungen vorzuschreiben und so auf dem „hessischen Weg“ die Liberalisierung voranzutreiben, hat keines der versprochenen Ziele erreicht. Im Gegenteil: Er hat zu deutlichen Lohnsenkungen geführt, zu einem Massensterben mittelständischer Verkehrsunternehmen bei wachsendem Einfluss internationaler Konzerne, die ihre Monopolstellung mittlerweile ausnutzen, um drastische Preissteigerungen durchzusetzen. Das ÖPNV-Angebot stagniert derweil, und die Fahrpreise befinden sich im bundesweiten Vergleich auf Spitzenniveau. Der berechtigte Kampf der Beschäftigten um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen kann langfristig aber nur gewonnen werden, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen ändern.

DIE LINKE will:

■ **Bezahlbare und flächendeckende Mobilität für alle**

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Bürger_innen eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes, gut getaktetes und bezahlbares ÖPNV-Angebot. Wir wollen in einem ersten Schritt Preise deutlich senken und streben perspektivisch den Nulltarif im ÖPNV an.

■ **Stärkung des ÖPNV**

Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung des Bundes, vor allem Regionalisierungsmittel, erhalten und dynamisch erhöht wird. Das Land Hessen muss wie andere Bundesländer auch in ausreichendem Maße originäre Landesmittel für die Förderung des ÖPNV bereitstellen. Unser Ziel bleibt ein kostenfreier öffentlicher Personennahverkehr. Weitere Strecken-Stilllegungen der Deutschen Bahn lehnen wir ab, wir wollen insbesondere im Interesse des ländlichen Raums Strecken reaktivieren.

■ **Bahnhöfe sanieren und Barrierefreiheit schaffen**

Barrierefreie Mobilität ist gut für alle – hierfür sind barrierefreie Verkehrsmittel, ein ausreichendes Platzangebot sowie ein Begleitservice unerlässlich.

- Viele Bahnhöfe in Hessen sind in einem schlechten Zustand. DIE LINKE will ein hessenweites Modernisierungskonzept für Bahnhöfe. Zentraler Bestandteil davon muss die Barrierefreiheit sein.

■ **Gute Arbeit**

Wir wollen eine bessere Personalausstattung, gute Arbeitsbedingungen und die Tarifbindung im ÖPNV durchsetzen. Lohndumping muss bekämpft werden.

■ **Integrierte Verkehrskonzepte entwickeln**

Wir wollen integrierte Mobilitätskonzepte für einen leichten Umstieg im Berufs- und Freizeitverkehr von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote entwickeln. Radverkehr, motorisierter Individualverkehr und ÖPNV einschließlich Taxibetrieb müssen optimal miteinander vernetzt werden. DIE LINKE setzt sich für eine Ausweitung des Carsharings durch finanzielle Förderung, Beratung und Bereitstellung von Flächen ein.

■ **Verkehr und Verkehrsbelastung reduzieren**

Auf Hessens Straßen und Autobahnen nehmen Lkw-Transporte und motorisierter Individualverkehr zu. Für die kommenden Jahre sehen die Prognosen Steigerungen im hohen zweistelligen Bereich voraus. Im Transportwesen ist die Hauptursache dafür in den Warenströmen von Roh-, Halb- und Fertigprodukten zu sehen. Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene ist notwendig, aber nicht ausreichend. Auch die Raumordnungsplanung muss so geändert werden, dass lärmintensive Fernverkehrsstraßen nicht durch Wohngebiete geführt werden. Durch Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe können unsinnige bzw. vermeidbare Transportfahrten vermieden und Verkehr reduziert werden. Nachtfahrverbote für Lkw auf Landstraßen sind ein Mittel, um die Lärmbelastung für Anwohner_innen wirksam zu reduzieren.

■ **Bahnlärm bekämpfen**

Die Anwohner_innen der Bahnstrecke durch das Rheintal müssen besser vor Lärm geschützt werden. Zur Minderung des Lärms will DIE LINKE für den Güterverkehr verbesserte Schallabsorption, Einsatz von Flüsterbremsen, eine Höchstgeschwindigkeit von 80 km/h und ein Nachtfahrverbot. Mittelfristig muss eine alternative Streckenführung geplant werden, um die Anwohner_innen zu entlasten, das UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal zu schützen und den Tourismus zu fördern.

■ **Kein weiterer Ausbau von Autobahnen und Tempolimit**

DIE LINKE lehnt den weiteren Ausbau von Autobahnen in Hessen ab. Zudem wollen wir eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h für Pkw auf allen hessischen Autobahnen.

■ **Radverkehr fördern**

DIE LINKE will den Erhalt und Ausbau des Radwegenetzes in Hessen und Projekte zur Ausweitung des Radverkehrs wie z.B. durch Fahrrad-Parkhäuser und erweiterte Fahrrad-Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV. Zudem sollen Fahrradkurse für Erwachsene besser gefördert werden.

■ Flughafen: Luftverkehr sinnvoll planen – Flüge auf die Züge – Gesundheit vor Profite

Fluglärm belästigt nicht nur die Menschen, er macht sie auch krank. Das belegt die Lärmwirkungsforschung eindeutig. Der Lärm durch den Frankfurter Flughafen ist für viele Menschen unerträglich und ihr Zuhause unbewohnbar geworden. Hinzu kommen erhöhte toxische Emissionen (wie Kohlenmonoxid, Stickoxide, Schwefeloxide) und Feinstaubemissionen im Bereich der Einflugschneisen, deren Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner_innen ungeklärt sind. Die gegenwärtige Landesregierung handelt nicht und vertröstet auf laufende Langzeitstudien.

Unbestritten hat der Flughafen Rhein-Main für die Region eine große wirtschaftliche Bedeutung. DIE LINKE ist auch nicht gegen den Flughafen. An der Seite der Bürgerinitiativen und gemeinsam mit vielen anderen Menschen kämpft DIE LINKE gegen das ungebremste Wachstum des Luftverkehrs und seine negativen Folgen für Umwelt, Klima und Menschen. Ein uneingeschränktes Wachstum des Flughafens erzeugt nicht automatisch mehr gesellschaftlichen Wohlstand, sondern kann diesen auch zerstören. Dieser Punkt ist für den Frankfurter Flughafen erreicht. Um den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen Rechnung zu tragen, gleichzeitig aber den gesundheits- und klimaschädlichen Flugverkehr zu vermindern, wollen wir ein integriertes Verkehrskonzept zwischen Schiene und Flugverkehr auf deutscher und europäischer Ebene. Flughäfen müssen miteinander kooperieren, anstatt in Konkurrenz zueinander Überkapazitäten aufzubauen und Umweltbelastungen zu maximieren.

Große Teile des innereuropäischen Flugverkehrs können auf die Schiene und die meisten Frachtflüge auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Über die Hälfte aller Passagierflüge am Frankfurter Flughafen sind Kurzstreckenflüge. 16 Prozent aller Flüge könnten sofort durch Bahnfahrten von maximal 4 Stunden ersetzt werden.

Das Land Hessen als Miteigentümerin eines Flughafens trägt auch die Verantwortung für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Wir wissen, dass die Aussagen von Flughafenbetreiber wie Landesregierung nicht glaubwürdig sind. So haben sich die Arbeitsplatzprognosen über die „Jobmaschine Flughafen“ als völlig unhaltbar erwiesen. Hier wurde mit von der Fraport AG bestellten und bezahlten Gefälligkeitsgutachten gearbeitet. Trotzdem halten SPD, CDU und FDP auf Biegen und Brechen am Ausbau fest – zu Lasten der Bevölkerung.

Während am Frankfurter Flughafen die Belastungsgrenzen der Anwohner_innen schon lange überschritten sind, kann der Regionalflughafen Kassel-Calden mangels Interesse nur mit hohen öffentlichen Zuschüssen gebaut und langfristig betrieben werden.

Der US-Militärflughafen Erbenheim frisst sich mittlerweile in das Stadtgebiet von Wiesbaden, überdies droht den Menschen steigender Fluglärm. Das alles sind Folgen einer völlig verfehlten Infrastrukturpolitik.

DIE LINKE will:

Am Flughafen Frankfurt:

- Schließung der neuen Landebahn; Stopp aller Planungen zum Bau des Terminals 3;
- eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 pro Jahr;
- ein wirksames Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr;

- Verlagerung möglichst vieler Kurzstreckenflüge (mindestens 25 Prozent aller Flüge) auf den Zugverkehr;
- 100 Prozent Entschädigung der Anwohner dort, wo eine Lärminderung nicht möglich ist; der Flughafenbetreiber muss die ganzen Kosten tragen, die Kostenübernahme darf nicht verjähren;
- unverzüglich eine wissenschaftlich fundierte und qualifizierte Untersuchung der Auswirkungen von Schadstoff- und Feinstaubemissionen des Flugverkehrs auf die Gesundheit der Bevölkerung in den Anwohnergemeinden des Frankfurter Flughafens;
- Flugrouten müssen in einem transparenten, öffentlichen, demokratischen und bundesländerübergreifenden Verfahren ausgearbeitet werden;
- Lärminderung und Emissionsminderung muss vor Profitinteressen gehen;
- eine umweltökonomische Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Kosten und Nutzen des Flughafens;

Auf Landesebene:

- Stopp der Subventionen für den Regionalflughafen Kassel-Calden, das Geld muss in nachhaltige Projekte in der Region investiert werden;
- keine weitere Ausdehnung des Militärflugplatzes Erbenheim.

Auf Bundesebene:

- Nachruhe muss geschützt werden: keine Aufweichung des § 29b Luftverkehrsgesetz;
- Abschaffung der Subventionierung des Flugverkehrs, Einführung einer angemessenen Kerosinsteuer, Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel;
- Einführung der Umsatzsteuer auf internationale Flugtickets;
- Reduzierung der Lärmgrenzwerte im Fluglärmschutzgesetz auf 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts;
- militärische Flugplätze sind beim Lärmschutz den zivilen gleichzustellen.

■ Umwelt schützen – Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen

Wälder als Rohstoffquelle, Ressourcen und Naturschutz

Als nachhaltige Rohstoff- und Energiequelle, für den Schutz von Wasser, Luft und Boden sowie als Lebensraum haben die Wälder eine herausragende Bedeutung. Jedoch ist ihr Zustand besorgniserregend: Schadstoffbelastungen, Grundwasserabsenkung wie im Hessischen Ried und Klimawandel setzten den Wäldern erheblich zu. Eine starke betriebswirtschaftliche Orientierung des Waldbaus, die ökologische Leistungen der Wälder und ihre Erholungsfunktion für uns Menschen ignoriert, gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Auch bei steigenden Nutzungsansprüchen – Holz als neue Rohstoffquelle und als Ersatz für abnehmende Öl- und Gasvorräte – muss die Waldwirtschaft nachhaltig bleiben.

DIE LINKE will:

- flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus;
- eine starke Forstwissenschaft, die die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel begleitet.

Kein Naturschutz ohne nachhaltige Produktion - Biosphärenreservat Rhön als internationale Modellregion für Nachhaltigkeit

Für einen wirklich guten Naturschutz brauchen wir eine nachhaltige Produktion von Gütern und Energie, eine sparsame Verwendung von Rohstoffen, eine deutlich umweltverträglichere Landwirtschaft sowie die Vermeidung von Verkehr und einen stärkeren Öffentlichen Personennahverkehr. Eine Beschleunigung von Planungsverfahren durch Abbau von Naturschutzrechten lehnen wir ab.

Auch in Hessen müssen der Flächenverbrauch reduziert, Hochwasser-Rückhalteflächen ausgeweitet und mehr unzerschnittene verkehrsarme Landschaftsräume geschaffen werden. Das gilt im Besondern für das UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und die Nationalparkflächen.

Das Biosphärenreservat Rhön muss im Sinne der UNESCO Agenda 21 als internationale Modellregion für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung aufgebaut werden. Das reicht vom Naturschutz über Landwirtschaft und Energiegewinnung, von der Forschung über Bildung bis zur stärkeren Demokratisierung der Gesellschaft. Eine militärische Nutzung von Naturschutzgebieten und Biosphärenreservaten ist damit unvereinbar. Deshalb kämpfen wir für die Entmilitarisierung der Rhön. Umweltgefährdende militärische Altlasten müssen umgehend saniert werden. Die nach den UNESCO-Kriterien besonders schützenswerte Kernzone des Biosphärenreservates darf kein Flickenteppich sein und muss dauerhaft gesichert werden. Durch die ignorante Politik von CDU, FDP und SPD droht der Rhön die Aberkennung des Biosphärenreservatstitels.

In der Forstverwaltung in Hessen werden immer noch Stellen abgebaut und Lohnarbeit outgesourct. Die dem Landesbetrieb Hessen Forst übertragenen gesetzlichen Aufgaben im Bereich des Umweltlernens sowie Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes können nicht mehr adäquat wahrgenommen werden. Damit muss Schluss sein.

Große Investoren dürfen keine kurzfristigen Geschäfte auf Kosten einer nachhaltigen Forstwirtschaft anstreben.

DIE LINKE will:

- Erhalt des öffentlichen Waldeigentums, Privatisierung von Staats- und Kommunalwäldern lehnen wir ab;
- massiven Stellenausbau bei Hessen Forst; die Forstbetriebe müssen wieder mehr ausbilden und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn – auch in der Forstwirtschaft;
- Umweltbildung als eine zentrale Aufgabe der Forststellen; nur wer seine Umwelt kennt, kann sie auch schützen.

Nachhaltige Kaliförderung in Hessen – Energiewende, Abfallentsorgung und Sicherung der Arbeitsplätze gewinnbringend verbinden

Die Kali-Förderung in Osthessen versalzt Flüsse, Böden und Grundwasser. Die Abraumhalden haben das 42fache Volumen der Cheops-Pyramide erreicht und werden über 1.000 Jahre salzige Abwässer an Gewässer und Boden abgeben. Versalztes Grundwasser ist für alle Zeiten als Trinkwasser verloren. Für die Region steht nicht mehr und nicht weniger als ihre zukünftige Wasserversorgung auf dem Spiel. Das müsste nicht so sein.

Laugenversenkung und Nordseepipeline sind nicht alternativlos

Die Einleitung der Abwässer in Werra und Weser sowie ihre Versenkung in den Untergrund sind schlecht für die Umwelt und verstoßen gegen die europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und die EU-Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie. Eine Laugenpipeline bis an die Nordsee wäre nur eine Verlagerung des Problems. Deshalb lehnen wir sie ab. Durch die Nutzung der Hohlräume aus dem Kalibergbau als Giftmülldeponie besteht die große Gefahr einer Grundwasserbelastung.

Wir sind überzeugt: Laugenentsorgung und Energiewende können gewinnbringend für Umwelt, Arbeitsplätze und die Kaliindustrie verbunden werden.

DIE LINKE will:

- flüssige Abwässer mit Hilfe moderner Gas- und Dampfkraftwerke (GuD) in Kraftwärmekopplung eindampfen; als ‚Abfallprodukt‘ entstünde dabei Strom;
- in der Lauge und dem Haldenmaterial enthaltene Wertstoffe – wie Magnesium, Calcium, Kalium – zusätzlich gewinnen;
- feste Reste und die auf Halden geschütteten Abfälle der letzten Jahrzehnte zur Stabilisierung wieder in die Hohlräume unter Tage verbringen;
- zusätzliche Rohstoffausbeute, weil durch die Verfüllung ein Teil der für die Stabilität notwendigen Stützpfeiler abgebaut werden könnte;
- Senkung des Kalidüngerverbrauchs und Schonung der wertvollen Rohstoffvorkommen durch den Umstieg auf ökologischen Landbau.

Das alles ist technisch machbar, ökologisch und für die Entwicklung in der Region sinnvoll. Diese nachhaltige Kaliproduktion würde die kurzfristigen Gewinne des K+S Konzerns schmälern, aber Umweltschäden minimieren, Ressourcen schützen und Arbeitsplätze auch in der Zukunft sichern. Kosten für die Müllentsorgung aus der Kaliindustrie würden nicht der Allgemeinheit und den kommenden Generationen überlassen werden.

Weigert sich die K+S AG, Maßnahmen zur Sicherung der Umwelt und des Allgemeinwohls zu ergreifen, sollten die Möglichkeiten der Hessischen Verfassung angewendet werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns ein für:

- eine Novellierung des Bundesberggesetzes: die Haftungsfrage für Bergbauschäden muss gemeinwohlorientiert organisiert werden, Neuanträge im Kalibergbau müssen auf ihre Umweltverträglichkeit hin untersucht werden;
- eine Änderung des Wasserrechts, so dass salzhaltige Abwässer in die Liste umweltgefährdender Stoffe aufgenommen werden.

■ Landwirtschaft und ländliche Räume

Lebensmittel sozial und umweltschonend produzieren – gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

Landwirtschaft gehört zu den Schlüsselbereichen des sozial-ökologischen Umbaus. DIE LINKE setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ein, welche regionale Wertschöpfung befördert, existenzsichernde Arbeitsplätze schafft, Klima und Ressourcen schützt und im Sinne einer gerechteren Welthandelsordnung agiert.

DIE LINKE will einen Richtungswechsel in der Agrarpolitik. Industrialisierung der Landwirtschaft darf nicht weiter mit öffentlichen Geldern gefördert werden. Lebensmittel müssen sozialer und umweltschonender produziert und faire Erzeugerpreise garantiert werden. Dazu müssen die in den ländlichen Räumen für alle erbrachten ökologischen Leistungen, wie Grundwasserschutz, Schutz der biologischen Vielfalt und Klimaschutz von der Gemeinschaft honoriert werden. Wenn wir den konventionell erzeugten Lebensmitteln die Kosten für die Beseitigung der bei ihrer Herstellung entstehenden Umweltschäden zurechnen (z.B. Klimakosten, Grundwasserschäden, Bodendegradation, Hochwasserschutz u.a.), sind ökologisch erzeugte Lebensmittel in der Gesamtbetrachtung heute schon billiger als konventionelle.

Ländliche Räume müssen lebenswert bleiben. Die Infrastruktur – wie ÖPNV, Gesundheitsversorgung, Schulen und Kinderbetreuung – darf nicht kaputtgespart werden, denn das verstärkt die Probleme des ländlichen Raums. Ein sozial-ökologischer Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur ist notwendig. Die Situation der Gesundheitsversorgung, insbesondere abseits der Ballungsräume, hat sich wegen Ärzteknappeit im ländlichen Raum besorgniserregend zugespitzt. Die Gründung dezentral gelegener, von öffentlicher Hand betriebener Medizinischer Versorgungszentren ist anzustreben, um eine wohnortnahe medizinische Versorgung auch der ländlichen Bevölkerung sicherzustellen.

DIE LINKE will:

- öffentliche Agrarsubventionen müssen an konkrete Gegenleistungen binden und komplett transparent machen; Fördermittel müssen künftig nicht nur an ökologische, sondern auch an soziale Kriterien, wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einhaltung eines Mindestlohns gebunden werden;
- keinen Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft, Nulltoleranz verteidigen, gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft unterstützen;
- Ökolandbau in Hessen fördern und ausweiten, Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß der Landwirtschaft reduzieren;
- Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte konsequent fördern.
- DIE LINKE wird weiter dafür streiten, dass in Hessen ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände eingeführt wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass der im Grundgesetz verankerte Tierschutz auch rechtlich im Sinne der Tiere durchgesetzt werden kann.
- Produktion von Lebensmitteln hat Vorrang vor Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung, Agrorohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigem Anbau kommen;
- ein Importmoratorium für nicht nachhaltig erzeugte Biomasse: es darf zu keiner Anbaukonkurrenz zwischen Tank und Teller kommen – weder in Hessen noch anderswo;
- Alterssicherung der Landwirt_innen verbessern und mittelfristig in gesetzliche Krankenversicherung einbinden;
- bäuerliches Eigentum schützen.

Ländliche Räume dürfen nicht abgehängt werden

DIE LINKE will:

- einen integrierten flächendeckenden öffentlichen Personenverkehr mit Bahn sowie Bus und flexiblen Zubringern;

- wohnortnahe Schulen und Kindergärten mit altersübergreifenden Klassen;
- Prävention, Gesundheitsförderung und medizinische Versorgung in wohnortsnahen Zentren in kommunaler Trägerschaft;
- Stärkung der Regionalvermarktung und regionaler Wertschöpfungsketten.

Tierschutz voranbringen

Tiere sind in unserer Gesellschaft als „Produktionsfaktor“ der Ausbeutung und Quälerei durch Wirtschaft und Wissenschaft hilflos ausgesetzt. Tierschutz darf nicht mehr unter dem Vorbehalt wirtschaftlicher Interessen betrachtet werden. Im Gegenteil: Tiere sind generell als fühlende Wesen zu behandeln. Ihnen stehen Rechte auf Unversehrtheit und angemessenen Umgang zu.

Dies gilt auch für die mehr als 23 Mio. Haustiere, die teilweise unter qualvollen Umständen leben, weil kein Gesetz sie schützt. Deshalb unterstützt DIE LINKE Tierschutzorganisationen in ihrer Forderung nach einem „Heimtierschutzgesetz“.

DIE LINKE will:

- Massentierhaltung verbieten– diesbezüglich ist steter Druck auf die Bundesregierung auszuüben;
- Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren stärker auf das Tierwohl ausrichten;
- Antibiotikaeinsatz deutlich reduzieren.

Friedliches Hessen

■ Hessen gegen Krieg

DIE LINKE ist eine Antikriegspartei. Als einzige der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien steht sie konsequent zu dem Bekenntnis in Art. 69 der Hessischen Verfassung: „Der Krieg ist geächtet.“ und „Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Deshalb kämpft DIE LINKE auch dagegen, dass an hessischen Schulen und auf Ausbildungsmessen Jugendoffiziere der Bundeswehr für Kriegseinsätze werben dürfen – als Alternative zu fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Kein Werben fürs Sterben“ auf dem Hessentag und das Bündnis „Bildung ohne Bundeswehr“. Wir wollen die Aufhebung der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr, welche Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen unterstützt und vereinfacht.

An hessischen Hochschulen sollte nur Forschung erfolgen, die zivilen Zwecken und damit dem Wohl der Menschen dient (Zivilklausel). Forschungen zur Entwicklung neuer Waffensysteme oder Kampfstoffe haben an unseren Hochschulen nichts verloren. Sie stehen in Widerspruch zum eindeutigen Friedensbekenntnis der Hessischen Verfassung.

Vom hessischen Boden geht auch dadurch Krieg aus, dass hier Waffen zur Lieferung in alle Welt hergestellt werden. Wir wollen ein Rüstungskonversionsprogramm, mit dem die Produktion in den betroffenen Betrieben auf zivile Güter umgestellt wird, damit die dort Beschäftig-

ten ihre Arbeitsplätze nicht nur erhalten, sondern an diesen Arbeitsplätzen auch eine gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit ausüben.

Der Nutzung der hessischen Infrastruktur für US- und NATO-Einsätze, militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr, CIA-Flüge, Waffenhandel usw. setzen wir unseren entschiedenen Widerstand entgegen. Die Verlegung des Headquarters der US-Streitkräfte in Europa nach Wiesbaden und den damit verbundenen Ausbau der dortigen militärischen Einrichtungen lehnen wir weiter ab.

■ Entwicklungszusammenarbeit

In Hessen sind zahlreiche Organisationen tätig, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in Ländern des Südens, aber auch in den Staaten Osteuropas und Zentralasiens, einsetzen. Nicht-Regierungsorganisationen bieten Schulen ihre Zusammenarbeit an und vermitteln Kenntnisse über die Zusammenhänge der Globalisierung und damit einhergehender Probleme, den Klimawandel und die grassierende Verarmung ganzer Regionen.

Entwicklungszusammenarbeit ist chronisch unterfinanziert. Das international angestrebte Ziel, die Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, verfehlt die Bundesrepublik jedes Jahr aufs Neue. Der Beitrag Hessens beläuft sich auf gerade einmal 260.000 Euro. Auch in diesem Bereich haben die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 massiv gekürzt. DIE LINKE will eine Verdopplung der im Haushalt eingestellten Mittel auf 520.000 Euro.

Zudem darf die Entwicklungszusammenarbeit des Landes nicht der Außenwirtschaftsförderung und Wirtschaftsinteressen hessischer Unternehmen untergeordnet werden, sondern muss unabhängig davon finanziert und gefördert werden.

Kultur und Medien für alle

■ Für Medienvielfalt und freien, demokratischen Zugang

Medien interpretieren und verändern die Welt – und dabei auch sich selbst. Wer sie besitzt, kann Politik beeinflussen und kontrollieren. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Film, Radio, Fernsehen und Internet sind die Massenmedien der Gegenwart. Information, Kommunikation und Unterhaltung sind jedoch nicht nur Waren und Medienpolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Sie prägen die Kultur und sind eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Den klassischen Medien (Presse, Rundfunk, Film und Fernsehen) sind infolge von Ökonomisierung und digitaler Technologie neue Herausforderungen erwachsen. Fortschreitende Kommerzialisierungstendenzen werden begleitet und geprägt von den Bedingungen einer anhaltenden Medienkonzentration. Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Erhöhter Druck zur Rentabilität zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung.

DIE LINKE setzt sich für Medienvielfalt, für eine kritische Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien und sozial gleichen Zugang zu den Medien ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen können. Zugleich ist Mitbestimmung auch durch

Redaktionsstatute und öffentlich tagende Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung zentrales Ziel unserer Medienpolitik.

Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

DIE LINKE steht für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Dies ist jedoch kein Auftrag zu einer ungebremsten Expansion auf allen Medienmärkten. Der Empfang der Öffentlich-Rechtlichen muss für die Bürger_innen bezahlbar bleiben; die neue Rundfunkgebühr als Haushaltsgebühr lehnen wir ab. Zunehmend skeptisch betrachten wir auch die fortschreitenden Tendenzen in der Kommerzialisierung des öffentlich-rechtlichen Programmangebots selbst. Diese folgen weitgehend unkritisch den Handlungsmustern der Privaten und bewirken eine weitere Verflachung des Medienspektrums.

Verhinderung von Medienkonzentration

Fortschreitender Konzentration im Medienbereich ist durch Reformen in der Medienregulierung zu begegnen. Um zu verhindern, dass Rundfunk und Fernsehen als reines Kommerzgeschäft betrieben werden, will DIE LINKE eine Präzisierung des Informationsauftrags im Rundfunkstaatsvertrag. Darüber hinaus will DIE LINKE auch Förderinitiativen, die „freien Sendern“, die sich vielerorts in Hessen installiert haben, eine finanziell gesicherte Sendearbeit ermöglichen.

Demokratisierung digitaler Kommunikation

Mit der Entfaltung und Verbreitung des digitalen Netzes entstehen und reproduzieren sich auch soziale und räumliche Mechanismen der Ausgrenzung. Der Zugang zu digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ist auch in Hessen nach Einkommen und Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf. DIE LINKE will daher die Infrastruktur für ein (bezahlbares) „Breitband-Internet für alle“ bereitstellen. Zugleich müssen Initiativen vor Ort wie „Frauen ans Netz“, „Schulen ans Netz“ oder „Senioren ans Netz“ gefördert und weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig muss ein modernisiertes Urheberrecht sowohl Urheber- und Nutzerinteressen als auch eine von Verwertungsinteressen unbehinderte kulturelle Teilhabe sicherstellen. Hierzu gehört, dass Marktmonopole (z.B. Amazon im e-book-Vertrieb) begrenzt werden, als auch, dass zukünftig alle – auch weniger bekannte – Autor_innen, Musiker_innen oder Komponist_innen an der Nutzung ihrer Werke verdienen können.

Stärkung von Medienkompetenz

Der Erwerb von Medienkompetenz ist eine Schlüsselkategorie, um den inhaltlichen Herausforderungen des digitalen Zeitalters begegnen zu können. Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und Fiktion zu unterscheiden, sind unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Medienpädagogik und helfen auch vor z.B. Cybermobbing zu schützen. Die natürlichen Lernorte dafür sind Kindergärten, Horte und Schulen. Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört somit in die Ausbildungsinhalte von Erzieher_innen, Lehrer_innen und Sozialpädagog_innen.

■ Kultur für alle

Freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und Zugang aller Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft.

Zum Zugang zu Kunst und Kultur gehören aber auch Fähigkeit und Kenntnisse, sich diese eigenständig und schöpferisch aneignen zu können. Deshalb will DIE LINKE die kulturelle Bildung ganz besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen. Das Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ soll erweitert werden, bis tatsächlich jedem Kind das Angebot gemacht werden kann. Der Eintritt in die Landesmuseen muss für Schüler_innen und Student_innen kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen kann.

Hessen galt lange Zeit als kulturell hoch entwickeltes Land. Die Landesregierung hat dies aufs Spiel gesetzt. Mit der Rücknahme öffentlicher Gelder wird der demokratische Einfluss abgebaut. Besonders betroffen sind freie und kommunale Kulturträger und Institutionen. So wurde der Zugang zu Museen durch die Einführung von Eintrittsgeldern erschwert.

DIE LINKE will:

- eine Gemeindefinanzreform, die die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen, die Kultur zu fördern;
- zusätzliche Fördermittel für freie Kulturinitiativen und sozio-kulturelle Zentren;
- Privatisierung von öffentlichen Kunst-, Kultur-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen beenden und zurücknehmen;
- Erhalt und Ausbau von Bibliotheken, Artotheken, Musikschulen, Museen sowie weiterer Kultureinrichtungen und -angebote;
- bezahlbaren Zugang zu allen öffentlichen Kulturangeboten;
- Mindeststandards und Mindesthonorare für freiberuflich und künstlerisch Tätige festlegen;
- eine bundesweite Initiative, um das Künstlersozialversicherungsgesetz, z.B. Krankengeld und Altersabsicherung zu verbessern.

■ Sportförderung

Sportvereine leisten eine wichtige Arbeit in Hessen, im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Bildung und der Integration. DIE LINKE setzt sich in Hessen für die Belange des Breitensports ein. Kommunale Schwimmbäder wollen wir erhalten. Wir wollen die lokale Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Bildungseinrichtungen fördern, insbesondere beim Ausbau der Ganztagschulen. So genannte Bewegungskindergärten und Schulsportangebote sind wichtige Angebote insbesondere für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Die Finanzierung der Sportvereine, die zu einem Großteil durch Einnahmen aus dem Glücksspiel erfolgt, wollen wir auf eine verlässliche Basis stellen, indem ein Mindestbetrag gesetzlich festgelegt wird, der nicht unterschritten werden darf.

Mehr Einnahmen für soziale Gerechtigkeit

DIE LINKE erinnert an die Grundlagen der Hessischen Verfassung: „Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen ge-

rechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen.“ (Art.38)

Unsere landespolitischen Forderungen sind finanzierbar, wenn endlich die Steuersenkungspolitik beendet wird, die hohe Einkommen, große Vermögen und Konzerne zunehmend entlastet hat. Außerdem muss die den Bundesländern zustehende Vermögensteuer wieder erhoben werden, die es weltweit in allen Länder gibt, nur nicht in Deutschland. Mit einer moderaten Vermögensbesteuerung von einem Prozent auf Vermögen von über 500.000 Euro würde Hessen jährliche Mehreinnahmen nach Länderfinanzausgleich von 1,5 Milliarden Euro erhalten. Die Konsolidierung des Landeshaushalts kann nicht durch Sparen, sondern nur durch die Erhöhung der Einnahmen sinnvoll und wirksam stattfinden.

Gleichzeitig wollen wir den Verzicht auf kostspielige, ökologisch und ökonomisch fragwürdige Projekte, wie etwa den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Dies gilt ganz besonders dann, wenn damit vor allem private Profite ermöglicht werden sollen, die nicht der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Zusätzliche und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze führen zu höheren Steuereinnahmen und zu Entlastungen bei den Sozialausgaben. Zusätzliche Steuereinnahmen entstehen, wenn unsere Forderungen zur Steigerung der Arbeitnehmereinkommen (insbesondere Mindestlöhne, Tariftreugesetz, Arbeitsmarktmaßnahmen) durchgesetzt werden.

Sparhaushalte auf Kosten der Bevölkerung lehnen wir ab. Die Einnahmeseite muss konsolidiert werden. Dazu bieten sich weitere Möglichkeiten in der Zuständigkeit der Hessischen Landespolitik:

Die Deutsche Steuergewerkschaft geht davon aus, dass jeder Betriebsprüfer etwa 1,6 Millionen Euro an nachzuzahlenden geschuldeten Steuern für die Allgemeinheit bringt. DIE LINKE will aus Gründen der Steuergerechtigkeit und zur Sicherung von Staatseinnahmen die Ausbildung und Einstellung von Finanzbeamten in Hessen für die steuerlichen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) und für die Steuerfahndung. Ziel muss es sein, den Überprüfungsrythmus für Großbetriebe in Hessen von vier bis fünf Jahren für Großbetriebe und von 16 Jahren für Mittelbetriebe auf einen jährlichen Rhythmus für Großbetriebe und fünf Jahre für Mittelbetriebe zu erhöhen.

Wirtschaftskriminalität beeinträchtigt die Steuereinnahmen beträchtlich. Immer wieder wird Steuerhinterziehung durch den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs erfolgreich bekämpft. Allein seit 2010 hat der durch den Ankauf von Steuer-CDs entstandene Fahndungsdruck auf Steuerhinterzieher zu über 4.000 Selbstanzeigen und Mehreinnahmen von über 440 Millionen Euro allein in Hessen geführt. Wir wollen, dass auch der Ankauf von Steuer-CDs als Mittel der Verfolgung von Steuerkriminalität von Hessen betrieben wird.

DIE LINKE will den Ausstieg aus dem Millionengrab „Neue Verwaltungssteuerung“. Diese hat das Land seit 1998 hunderte Millionen Euro gekostet, ein Ende ist nicht abzusehen.

DIE LINKE will eine Bestandsaufnahme der bisherigen Privatisierungsprojekte und echte Wirtschaftlichkeitsvergleiche, um zu prüfen, inwieweit die teuren Sale-and-Lease-Back-, PPP- und ähnliche Projekte wieder rückgängig gemacht und so die Staatsausgaben gesenkt werden können. Selbst die Präsidenten der Rechnungshöfe sehen die Wirtschaftlichkeit von PPP-Projekten für die öffentliche Hand kritisch.

DIE LINKE wird sich für eine sozial gerechte Steuerpolitik auch auf Bundesebene einsetzen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer und Erhebung einer

Börsenumsatzsteuer plus eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf freiberuflich Tätige würden öffentliche Haushalte stabilisieren und Spielräume für eine aktive Sozial-, Bildungs- und Umweltpolitik eröffnen.

DIE LINKE wird gebraucht – auch im Hessischen Landtag

DIE LINKE ist seit fünf Jahren im Hessischen Landtag vertreten. In dieser Zeit hat DIE LINKE gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht:

- DIE LINKE bringt die Forderungen der Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Verbände in den Landtag ein und arbeitet mit diesen für eine Demokratisierung der Landespolitik zusammen.
- Ohne DIE LINKE würde es heute noch Studiengebühren in Hessen geben, und vermutlich in vielen anderen Bundesländern auch, die nach Hessen die Studiengebühren abgeschafft haben.
- Ohne DIE LINKE wäre eine Abschaffung der sogenannten Unterrichtsgarantie plus nicht möglich gewesen.
- DIE LINKE hat sich immer wieder gegen Abschiebungen eingesetzt.
- DIE LINKE fordert einen hessischen Armuts-Reichtumsbericht; immerhin musste die Landesregierung deshalb einen „Sozialbericht“ vorlegen.
- DIE LINKE war die erste Fraktion, die ein Tariftreue- und Vergabegesetz in den Landtag eingebracht hat, damit Unternehmen, die Lohndumping betreiben und Umweltstandards unterlaufen, nicht mit öffentlichen Aufträgen belohnt werden.
- DIE LINKE hat gemeinsam mit DGB, Mieterbund und Mieter_inneninitiativen durchgesetzt, dass die Nassauische Heimstätte/Wohnstadt nicht privatisiert wurde.
- Ohne DIE LINKE im Landtag hätte die Position von 30 Prozent der Wähler, die gegen die sogenannte Schuldenbremse gestimmt haben, keine Stimme im Landtag gehabt.
- DIE LINKE hat die Erhöhung der Grunderwerbssteuer durchgesetzt.
- DIE LINKE hat die Ausweitung der Sonntagsarbeit in Hessen im Landtag thematisiert und gemeinsam mit Gewerkschaften und Kirchen erreicht, dass einige Branchen von der Liberalisierung ausgenommen wurden.
- Es musste erst DIE LINKE in den Landtag einziehen, um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter zu erreichen. Erst eine Studie im Auftrag der LINKEN hat herausgefunden, dass nicht, wie bisher dokumentiert, drei Abgeordnete des Landtages Mitglied der NSDAP gewesen waren, sondern mindestens 75.
- DIE LINKE hat immer wieder betriebliche Kämpfe und soziale Bewegungen im Landtag thematisiert und ihre Anliegen öffentlich unterstützt.

Impressum

100% sozial – vor und nach der Wahl. Politikwechsel für Hessen

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2013,
Beschlossen vom außerordentlichen Landesparteitag am 12. und 13. April 2013, Kassel

DIE LINKE. Hessen

Allerheiligentor 2-4
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 – 70 65 02
www.die-linke-hessen.de

ViSdP:

Ulrich Wilken

Frankfurt am Main, April 2013

DIE LINKE steht für einen grundlegenden Politikwechsel, wie er von den anderen Parteien immer als unmöglich bezeichnet wird.

- Wir wollen gute Arbeit, von der mensch leben kann.
- Wir wollen gute öffentliche Schulen für alle Kinder.
- Wir wollen bezahlbaren Wohnraum für alle.
- Wir wollen eine menschliche und solidarische Gesellschaft mit sozialer Teilhabe für alle.
- Wir wollen eine Vermögensumverteilung, die die Gesellschaft sozial gerechter macht.

**Deshalb am 22. September – in Hessen und im Bund:
DIE LINKE wählen!**

DIE LINKE.